

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2014



**Nordkoreanischer Cyber-war**

**Defizitärer Gesetzentwurf**

**UOKG-Kongreß**

**Aktuell**

- 3 Bahnchef Grube entschuldigt sich bei DDR-Zwangsarbeitern  
Lücken bei DDR-Aufarbeitung  
Nicht die ganze Wahrheit

**Recht**

- 4 Politische und rechtliche Aspekte der Zwangsarbeit,  
Teil II

**International**

- 5 Resolution  
Nordkoreanischer Cyber-war

**Thema**

- 6 „Unsere Akten“, Teil II
- 8 Defizitärer Gesetzentwurf

**Berichte**

- 10 Auch Kinder und Enkel interessiert an Aufarbeitung  
Wendepunkt in der Geschichte
- 11 Aktuelle Themen im Vordergrund
- 12 „Nicht wir müssen etwas tun, sondern ich muß etwas tun“
- 13 Anonyme Gewalt

**Verbände**

- 14 Auszeichnungen  
Totenbuch erschienen  
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
- 15 Spendenaufruf  
UOKG-Wanderausstellung
- 16 Leserbriefe

**Service/Bücher**

- 17 Gestohlene Jahre
- 18 Deutschland – ohne Zonengrenze
- 19 Buchtip

**Service/Veranstaltungen**

18–19

**Umschlagbild**

Vom 7. bis 9. November war das innerstädtische Berlin von der Bornholmer Straße bis zur Eastside-Gallery von ca. 8000 Ballons erleuchtet, die den Verlauf der Berliner Mauer nachzeichneten. Am Abend des 9. November stiegen sie in den Nachthimmel auf.

Foto: Alice Gericke

# Licht siegte über Finsternis

Von Rainer Wagner

Für die meisten Mitmenschen sind die Wochen zwischen Advent und Neujahr die beschaulichsten Tage des Jahres. Die langen Abende laden zu einer gemütlichen Runde im Kreis der Familie ein. Es ist Zeit zum Austausch, und es besteht die Chance, innerlich etwas zur Ruhe zu kommen und so Kraft für das nächste Jahr zu schöpfen. Andere nutzen die Tage, um sich Rechenschaft über die Erfahrungen des verstrichenen Jahres abzulegen. Oft werden dann zu Silvester Vorsätze gefaßt, die nicht alle an den Realitäten des Lebens scheitern.

Aber für viele aus unserer Mitte ist es die problematischste Zeit des Jahres. Da kommen sie, die Schatten der Vergangenheit: Erinnerungen an alles, was man unwiederbringlich verloren hat. Erinnerungen auch an Weihnachten im russischen Gulag, im DDR-Straflager oder Zuchthaus. Und die Erinnerung an Zersetzungsmaßnahmen der Stasi, Enteignungen und qualvolle Erniedrigung lassen einen keinen Schlaf finden. Nicht wenigen krampft sich das Herz zusammen bei der Erinnerung an die Tränen und den Schmerz der Mutter, des Vaters oder der geliebten Frau. Das alles hatten wir dem Real-Sozialismus zu verdanken. Und heute besteht für die SED-Genossen die Möglichkeit, in Thüringen mit Hilfe von SPD und Grünen an die Hebel der Macht zu kommen. So etwas kann erneut traumatisieren. Aber es muß nicht.

Christen wissen, Weihnachten hat sich Gott zu uns Menschen bekannt. Wir Menschen sind nicht allein gelassen. Aber selbst wer das Wunder von Weihnachten nicht glauben kann, darf doch sehen, daß das Dunkel der braunen und dann roten Diktatur nicht ewig dauerte. Vor 25 Jahre fiel in der friedlichen Revolution die Mauer. An dieses Wunder glaubten damals nur wenige, und dann siegte das Licht doch über die Finsternis des Kommunismus. Den Unrechtsstaat DDR gibt es nicht mehr. Der Kommunismus ist in ganz Europa untergegangen, und wir leben in Freiheit. Wir sind nicht mehr zum Schweigen verurteilt, sondern dürfen über das Unrecht von einst sprechen und an die junge Generation die Lehren aus der Zeit der Zwangsherrschaft weitergeben.

Natürlich ist auch heute nicht alles gut. Aber es ist vieles gut geworden. Damit dies so weitergeht, wird auch die UOKG ihre Aufgabe wahrnehmen wie bisher.

Im vergangenen Jahr konnten wir neben den ständigen Beratungsarbeiten und Aktivitäten die Studie von Dr. Christian Sachse über die Zwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen der Öffentlichkeit übergeben. Wir sind u.a. im Gespräch mit den Warenhäusern, den Energieversorgern und der Bahn, die alle von der Zwangsarbeit profitiert haben. Bahn-Chef Grube übernahm für sein Unternehmen die Verantwortung für die Zwangsarbeit bei der Reichsbahn. Wir hoffen, daß in absehbarer Zeit ein Runder Tisch zusammenkommt. Der Weg dahin ist schwer. Aber wir arbeiten daran. Mit der „Goldenen Henne“, dem renommierten Fernsehpreis, wurde unsere Mitarbeiterin Katrin Behr gewürdigt. Dem Bundestagspräsidenten konnte eine Liste von hundert namhaften Unterstützern des Projekts Mahnmal übergeben werden – ein wichtiger Schritt. Weitere Projekte sind in Arbeit. Als Bundesvorsitzender wurde ich in die Bundestags-Expertenkommission zur Zukunft der BStU berufen. Ein Zeichen des Vertrauens unserer Gesellschaft in die Kompetenz der UOKG.


In der Frage der Häftlingsrente bleiben wir aktiv. Warum? Geht es uns nur um Geld? Nein. Es geht um ein klein wenig Gerechtigkeit: Es ist kaum zu ertragen, daß die Angepaßten und Gewinnler des SED-Regimes von der Demokratie, für die wir Gesundheit und Lebenszeit opferten, fürstlich ausgestattet werden, während viele Opfer nicht wissen, wie sie dorthin kommen sollen.

All die Arbeit der UOKG wurde mit sehr geringen Eigenmitteln durchgeführt. Auf Dauer wird dies so aber nicht mehr möglich sein. Viele von Ihnen geben am Jahresende Spenden für karitative Zwecke. Das ist gut. Es gibt viel Not, die Linderung braucht. Dennoch möchte ich Sie auf den Überweisungsträger in dieser Ausgabe aufmerksam machen. Nicht wenige befinden sich selbst in finanziell prekärer Situation. Wem es aber möglich ist zu spenden, der darf wissen, daß er damit einen wertvollen Beitrag leistet.

## Bahnchef Grube entschuldigt sich bei DDR-Zwangsarbeitern

(st) In einem Gespräch mit ehemaligen politischen Häftlingen über den Unrechtscharakter der Haftzwangsarbeit für die Deutsche Reichsbahn in der DDR am 29. November in Berlin bat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, im Namen der Deutschen Bahn die ehemaligen Zwangsarbeiter ausdrücklich um Entschuldigung. Die Aufarbeitung auch

dieses Kapitels der Vergangenheit liege ihm sehr am Herzen. Im Hinblick auf eine eigene wissenschaftliche Untersuchung der Zwangsarbeit für die Deutsche Reichsbahn der DDR sagte Grube, Akten des Ministeriums des Innern und ähnliche müßten sehr kritisch beurteilt werden. Deshalb sei es unerlässlich, auch die Zeitzeugen zu befragen. Er dankte der UOKG und Dr. Christian Sachse für

ihre Unterstützung bei der Aufarbeitung. Ziel sei es, bis Ende 2015 die eigene Untersuchung abzuschließen und dann zu veröffentlichen. Vor allen Ergebnissen aber sei bereits offensichtlich, „daß schweres Unrecht geschehen ist“. Den ungeschönten Blick auf die eigene Vergangenheit begreife die Deutsche Bahn als ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung. 

## Lücken bei der DDR-Aufarbeitung


(hib) Obwohl Deutschland 25 Jahre nach dem Fall der Mauer international viel Anerkennung und Aufmerksamkeit für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der SED-Diktatur bekommt, bestehen in diesem Bereich noch große Baustellen und Lücken. Dies war der einhellige Grundton einer öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses des Bundestages am 5. November. Der Ausschuß hatte den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn sowie seine Amtsvorgängerin Marianne Birthler, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, den Bundesvorsitzenden der UOKG, Rainer Wagner, und den Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft, Olaf Weißbach, geladen.

Roland Jahn betonte, daß die Aufarbeitung der DDR-Geschichte eine „Säule unserer Demokratie“ sei. Allerdings dürfe der Blickwinkel nicht auf das MfS verengt werden. Die Diktatur in der DDR sei „keine Stasi-Diktatur“ sondern „eine SED-Diktatur“ gewesen. Zugleich forderte er, daß der Zugang und die Aufarbeitung der

Stasi-Unterlagen auch in Zukunft gewährleistet werden müsse. Diesem Standpunkt schloß sich Anna Kaminsky an. Die Geschichte der Stasi sei gut erforscht, die der SED in all ihren Gliederungen hingegen vergleichsweise wenig. Sie verwies darauf, daß viele kleine Institutionen der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit unter prekären Verhältnissen arbeiten müßten. Kaminsky plädierte zudem dafür, daß das Thema stärker im Geschichtsunterricht an den Schulen berücksichtigt werden müsse.

Marianne Birthler monierte in diesem Zusammenhang, daß es in Deutschland bislang keinen einzigen wissenschaftlichen Lehrstuhl für die Geschichte der DDR gebe. Kritisch äußerte sie sich auch zur vom Bundestag eingesetzten Kommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde. Der Kommission gehöre kein einziger Vertreter jener Gruppe von Menschen an, die die Akten im Dezember 1989 vor der Vernichtung durch die Stasi bewahrt hatten. Olaf Weißbach forderte, die Finanzierung der Robert-Havemann-Gesellschaft zu institutionalisieren und

damit langfristig abzusichern. Er verwies auf eine entsprechende Ankündigung im Koalitionsvertrag. Die Arbeit der Gesellschaft, die mit ihrem einzigartigen Archiv die Geschichte des Widerstandes der DDR-Opposition bewahre, ließe sich nicht länger über Projektfinanzierungen bewerkstelligen.

Scharfe Kritik am Bundesjustizministerium übte Rainer Wagner wegen der Erhöhung der SED-Opferrente um maximal 50 Euro monatlich. Dies sei allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Vielen Opfern der SED-Diktatur ginge es heute schlechter als ehemaligen Tätern und Mitläufern im System. Das Ministerium habe ein Gesprächsangebot der Opferverbände für eine Überarbeitung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes ignoriert. Wagner forderte ebenso wie Kaminsky, daß 25 Jahre nach dem Mauerfall die Beweislast bei der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden endlich umgekehrt werden müsse. Zudem forderte Wagner die Errichtung eines Zentralen Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur. 

## Nicht die ganze Wahrheit

(s/dp) Bulgariens Staatschef Rossen Plewneliew hat 25 Jahre nach dem Ende der Diktatur die mangelhafte Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit kritisiert. „Während dieser 25 Jahre haben wir nicht die ganze Wahrheit über das kommunistische Regime gesagt“, stellte Plewneliew bei einer Konferenz im November in Sofia fest. Als Wendepunkt des früheren Ostblocklands zur Demokratie gilt der Abgang des kommunistischen Machthabers Todor Schiwkow am 10. November 1989, einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer.

Erst ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Regimes in Bulgarien wurde in Sofia ein Denkmal des Dissidenten Georgi Markow eingeweiht. Der damals bei der BBC als Journalist beschäftigte Schriftsteller war 1978 unter mysteriösen Umständen auf der Londoner Waterloo-Brücke ermordet worden, vermutlich im Auftrag der bulgarischen Staatssicherheit in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB. Der Fall ging als „Regenschirm-Mord“ in die Geschichte des Kalten Krieges ein. 

*Wenns alte Jahr erfreulich war,  
dann freue dich aufs neue.  
Und war es schlecht,  
ja, dann erst recht.*

Albert Einstein



**Ein frohes und gesegnetes  
Weihnachtsfest und ein  
gesundes Neues Jahr  
wünscht allen Leserinnen  
und Lesern herzlich**

die Redaktion

# Politische und rechtliche Aspekte der Zwangsarbeit

Vortrag von RA **Roland Lange**, 1. stellvertretender Vorsitzender der UOKG, auf der Tagung „Wir reden über Zwangsarbeit“ am 20.9.2014

## Teil II

Immer wieder wird uns auch das Argument entgegengehalten, Gefängnis und Arbeit gehörten nun einmal zusammen oder anders ausgedrückt, wer ins Gefängnis kommt, müsse auch arbeiten, das hätten schließlich alle im Gefängnis gemußt und das wäre auch heute noch so. Das ist so nicht zu akzeptieren. Ich hatte bereits ausgeführt, daß Zwangsarbeit nur unter ganz bestimmten einschränkenden Bedingungen zulässig ist. Das galt – nach völkerrechtlich geltenden Normen – auch für den Bereich der DDR.

Nach dem Übereinkommen 105 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Abschaffung der Zwangsarbeit, in Kraft getreten am 17.1.1959, ist Zwangs- oder Pflichtarbeit zu beseitigen und in keiner Form zu verwenden als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung oder als Strafe gegenüber Personen, die gewisse politische Ansichten haben oder äußern oder die ihre ideologische Gegnerschaft gegen die bestehende politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung bekunden, das heißt – Zwangsarbeit politischer Häftlinge ist verboten.

Weiterhin verboten ist Zwangsarbeit als Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch als Maßnahme der Arbeitsdisziplin. In den Mindestgrundsätzen für die Behandlung der Gefangenen, angenommen vom ersten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger 1955 in Genf, gebilligt durch den Wirtschafts- und Sozialrat vom 31.07.1957 sowie vom 13.05.1977, heißt es unter anderem:

- Anstaltsarbeit darf nicht so geartet sein, daß der Gefangene leidet;
- die Arbeit muß soweit wie möglich so beschaffen sein, daß sie die Fähigkeit der Gefangenen, nach der Entlassung deren Unterhalt auf ehrliche Weise zu verdienen, erhält oder steigert;
- die Interessen der Gefangenen und ihrer Berufsausbildung dürfen nicht dem Zweck der Erzielung eines finanziellen Gewinns aus den Arbeitsbe-

trieben in der Anstalt untergeordnet werden;

- Gefangenearbeit ist gerecht zu vergüten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die ILO-Übereinkünfte mit unterzeichnet, so daß die Firmen im Bundesgebiet daran gebunden waren. Sie waren damit auch gehalten, von der in der DDR praktizierten Zwangsarbeit nicht zu profitieren. Für die Zwangsarbeit gab es auch im Bundesgebiet genügend Anhaltspunkte, wie durch Herrn Dr. Sachse in seinem Buch zutreffend herausgearbeitet wurde. Die DDR


**Zwangsarbeit  
als Mittel politischen  
Zwanges oder  
politischer Erziehung  
ist verboten.**

hat das vorerwähnte ILO-Abkommen zwar nicht unterzeichnet. Die DDR war dem Abkommen aber durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki vom 01.08.1975 verpflichtet. In der Schlußakte von Helsinki haben sich die unterzeichnenden Staaten unter anderem zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verpflichtet. Die Schlußakte ist zwar kein völkerrechtlicher Vertrag, wohl aber eine selbstverpflichtende Aussage der unterzeichnenden Staaten. Der sich mit den Menschenrechten befassende Teil der Schlußakte war Grundlage für die Arbeit osteuropäischer Dissidenten und Menschenrechtsorganisationen, unter anderem der Bürgerrechtsbewegung in der DDR, der Charta 77 in der ČSSR oder der Human Rights Watch, die sich auf die Akte von Helsinki beriefen. Sie trugen, wie bekannt, zum Zusammenbruch des Ostblocks bei und damit auch zum Ende des Ost-West-Konflikts.

Schließlich und nicht zuletzt ergibt sich eine rechtliche Anspruchsgrundlage aus folgender Tatsache:

Die strafrechtliche Rehabilitierung führt zur Aufhebung des gegen den Betroffenen ergangenen DDR-Urteils und beinhaltet die Feststellung:

„Der/die Betroffene hat in der Zeit von ... bis ... zu Unrecht Freiheitsentzug erlitten.“

Wer aufgrund einer rechtsstaatswidrigen Verurteilung zu Unrecht Freiheitsentzug erlitten hat, der hat auch zu Unrecht Zwangsarbeit leisten müssen. Das ist die sich daraus ergebende logische Konsequenz. Da die politischen Häftlinge für die geleistete Zwangsarbeit nicht adäquat vergütet wurden, wie bereits ausgeführt, haben sie einen Anspruch auf Entschädigung. Die Opferrente kann diesem Anspruch nicht entgegengehalten werden, da bei der Bemessung der Opferrente, wie gleichfalls bereits ausgeführt, die geleistete Zwangsarbeit keine Berücksichtigung gefunden hat. Aufgrund der aufgezeigten rechtlichen Situation haben die westdeutschen Handelsketten und die noch existierenden früheren DDR-Betriebe, die von der Zwangsarbeit profitiert haben, für die daraus resultierenden Ansprüche einzustehen, weiterhin das Finanzministerium und damit die Bundesrepublik Deutschland für die über die Treuhandanstalt abgewickelten DDR-Betriebe. Wir stehen noch am Anfang der Gespräche mit den in die Zwangsarbeit involvierten Firmen wie auch mit den politisch Verantwortlichen in diesem Lande und würden es begrüßen, wenn es möglichst bald zu einer politischen Lösung käme. Wir denken dabei an die Einrichtung eines Fonds zu Gunsten derjenigen, die in den DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit haben leisten müssen. Sollten diese Bemühungen scheitern, dann bleibt letztlich noch der Rechtsweg offen, den zu beschreiten wir, wenn es denn nicht anders geht, fest entschlossen sind. Niemand sollte glauben, daß das Thema der Zwangsarbeit so wie es hochgekocht ist, auch wieder von der Tagesordnung verschwindet. Wir werden in dieser Frage nicht locker lassen. Das sind wir unserer eigenen Geschichte und dem, was unsere Kameradinnen und Kameraden durch Zwangsarbeit haben erleiden müssen, schuldig. 

# Resolution

## Zur Aufarbeitung und zur Erinnerung an die Opfer des Kommunismus

Beschlossen von der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) im August 2014 auf ihrem XXI. Kongreß in Bukarest

### Präambel

25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus stellen wir nach wie vor eine ideologische Spaltung des Kontinents fest. Trotz des verbrecherischen Charakters der kommunistischen Ideologie, welche auch durch die Anzahl ihrer Opfer belegt wird, ist es Europa nicht gelungen, das Kapitel seiner jüngsten Geschichte zu bewältigen. Deswegen geben wir unserem Wunsch Ausdruck, daß der Prozeß der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, insbesondere durch Bildungsmaßnahmen und demokratische Erinnerungspolitik, fortgesetzt wird.

Die grundlegende Verurteilung totalitärer Ideologien muß im Rahmen von Erinnerungspraktiken geschehen. Doch mit Befremden stellen wir fest, daß nicht in allen Mitgliedsländern nationale Denkmäler für die Opfer des Kommunismus existieren – dies gilt u.a. für Moldowa, Rumänien und Deutschland. So wird in Deutschland, einem Land, das sogar durch zwei totalitäre System geprägt worden ist, bereits seit Jahren über ein zentrales Mahnmahl für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft diskutiert, ohne daß eine endgültige politische Entscheidung gefal-

len wäre. Nationale Mahnmale würden aber eine Auseinandersetzung über die grundlegende Bewertung des Kommunismus befördern, die wir vielerorts in den europäischen Mitgliedsstaaten dringend benötigen.

Mit Erstaunen haben wir auch die Pressemeldungen zur Kenntnis nehmen müssen, daß die virtuelle Rekonstruktion von geschredderten und zerrissenen Akten der DDR-Staatsicherheit aus finanziellen Gründen bedroht ist. Diese Akten dokumentieren die minutiöse Überwachung und Repression von DDR-Bürgern. Mit einer eigens dafür entwickelten Software war es möglich, Millionen von Schnipseln digital zusammenzufügen.

Wir fordern als Inter-Asso, daß die weitere Rekonstruktion dieser Akten dauerhaft finanziell gesichert bleibt, denn sie sind die einzige Möglichkeit, den Betroffenen zu ihrem Recht auf Aufklärung, Rehabilitation und Entschädigung zu verhelfen. Die Inter-Asso hat die Rekonstruktion der Akten durch das Fraunhofer-Institut in Augenschein nehmen können und weist auf die weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung dieses Verfahrens hin.

### Forderungen

Auf Grundlage ihres XXI. Kongresses, der Länderberichte und der sich daraus ergebenden Erörterungen fordert die Inter-Asso die

*Parlamentarische Versammlung des Euro-Parlamentes, die zuständigen Internationalen Organisationen sowie die UN-Sonderberichterstatter auf*

– den Kommunismus öffentlich zu verurteilen **und** auf eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur hinzuwirken

*Nationalen Regierungen und die verantwortlichen Stellen auf*


– den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und diesem Bekenntnis in Form von nationalen Denkmälern in Erinnerung an die Opfer des Kommunismus Ausdruck zu verleihen

– Bildungsmaßnahmen zu ergreifen, die die Gefahr von totalitären Ideologien und Regimes, u.a. der kommunistischen, veranschaulichen

– Die Rekonstruktion der Stasi-Akten dauerhaft finanziell zu sichern, um Betroffenen das Recht auf Rehabilitation und Entschädigung möglich zu machen.

*Die europäischen Zivilgesellschaften auf*

– aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgungsgeschichte der Opfer der kommunistischen Repressionen beitragen und die Initiativen zu nationalen Denkmälern zu unterstützen

Der Inter-Asso gehören Häftlings- und Verfolgtenverbände an aus der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, Der Bundesrepublik Deutschland, Estland, der Republik Kroatien, Rumänien, der slowakischen Republik, der Republik Slowenien, der tschechischen Republik, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldawien 

## Nordkoreanischer Cyber-war

Nach gutinformierten Quellen Südkoreas hat Pjöngjang die Zahl seiner Cyber-Experten in den vergangenen Jahren von bisher rund 3000 auf nunmehr ca. 6900 nahezu verdoppelt. Ohnehin wird die „Demokratische Volksrepublik Korea“ als eines der stärksten Länder auf diesem Gebiet angesehen, für sie dürfte neben der atomaren Aufrüstung der Cyber-war die wichtigste Angriffsvariante sein. Während der letzten Jahre konnten ihre Cyber-Einheiten tatsächlich etliche Erfolge erzielen, es gelang ihnen sogar, in die 35 Webseiten der Seouler Regierung einzudringen, einschließlich des Cheong Wa Dae – des Sitzes der Präsidentin.

Zwischen Anfang dieses Jahres und September stiegen die Fälle nordkoreanischer Cyber-Attacken allein gegen die südkore-

anische Armee auf 1560, das sind 421 mehr als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Südkorea zählt heute zu den führenden Computer-Staaten der Welt. Das Internet spielt im Militär, in der Wirtschaft und generell im Kommunikationswesen eine äußerst wichtige Rolle. Dementsprechend ist das Land überaus verwundbar.

Anfang Oktober nun hat das Verteidigungsministerium in Seoul beschlossen, die Zahl seiner Cyber-Spezialisten von 600 auf 1000 zu verstärken und sie auch für Gegenschläge vorzubereiten. Sie sollen in der Lage sein, im Ernstfall die Kommunikationswege der nordkoreanischen Geheimpolizei und der verschiedenen Streitkräfte sofort zu zerstören.

Friedrich-Wilhelm Schломann

*Und all das Geld und all das Gut gewährt zwar viele Sachen; Gesundheit, Schlaf und guten Mut kann's aber doch nicht machen.*

*Matthias Claudius*

Mit dem Stacheldraht bekommt man immerhin guten Mut...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

# „Unsere Akten“

## Stellungnahme der UOKG zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde

### Teil II

#### 4. Empfehlungen der Kommission

Die Kommission ist aufgefordert, Empfehlungen vorrangig zu den im Stasi-Unterlagengesetz definierten Themenbereichen zu geben. Die UOKG wird folgende Empfehlungen vertreten:

#### **Empfehlungen zu „Erfassung, Verwahrung und Verwaltung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“**

- a) *institutionelle Trägerschaft in Verbindung mit dem Zugang zu den Akten*  
Ein unschätzbare Wert und Grund für das

nicht eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden soll, werden sich von den deutschen Archivgesetzen abweichende Regelungen im Sinne des heutigen Stasi-Unterlagengesetzes dauerhaft nicht vermeiden lassen. Es ist sinnvoll, diese Vorgänge einer spezialisierten Verwaltungseinheit mit speziell ausgebildetem Personal zuzuordnen und durch ein spezielles Gesetz zu regeln.

- b) *Standorte der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes*

Eine Reduktion der Standorte der regionalen BStU-Archive ist der Funktion der Behörde sicher strukturell und finanziell zuträglich. Nicht sachgemäß ist eine Aufteilung der Stasi-Unterlagen nach dem Provenienz-Prinzip auf Landesarchive und Bundesarchiv oder gar Landkreise und Kommunen. Damit würde ein zentral organisierter Aktenbestand zerrissen. Es müßte die Befürchtung zerstreut werden, unterschiedliche Re-

on von vorvernichteten Akten. Hier sollten die Bemühungen stärker auf die baldige breite Umsetzung gerichtet werden.

- d) *Digitalisierung von vorhandenen Aktenbeständen*

Die Digitalisierung vorhandener Aktenbestände entspricht dem internationalen Standard. Sie sollte soweit als möglich mit einer öffentlichen Zugänglichkeit verbunden werden.

#### **Empfehlungen zur „Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, insbesondere...“**

- a) *Zugangsrechte der Bürgerinnen und Bürger, öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen sowie für Wissenschaft und Forschung, gegebenenfalls unter Einbeziehung des Wissenschaftsrates*  
Über die im StUG definierten Zugangsrechte der Betroffenen hinaus, die nach allgemeinem Konsens erhalten bleiben müssen, sollte über ein Zugangsrecht weiterer Personen nachgedacht werden. Zu verweisen ist auf das erwachende Interesse von Kindern und Enkeln Betroffener an einer Familiengeschichte, die sie selbst existentiell betrifft.

Es ist in Betracht zu ziehen, daß zunehmend Akten auch nach dem allgemeinen deutschen Archivrecht als allgemein zugänglich klassifiziert werden können.

- b) *politische und historische Aufarbeitung*  
Soweit irgend möglich sollte die Erreichbarkeit von Sachakten aus den Beständen des MfS den Akten im SAPMO und DDR-Akten im Bundesarchiv gleichgestellt werden. Auch die Akten im SAPMO und DDR-Akten im Bundesarchiv enthalten vielfach persönliche Daten. Sie werden teils geschwärzt, teils der Umgang damit in die juristische Verantwortung des Forschers gelegt. An einigen Stellen erscheint daher eine „Liberalisierung“ des StUG durchaus möglich. Vermieden werden sollte unbedingt eine unterschiedliche Behandlung gleichartiger Bestände in verschiedenen Bundesländern, wie sie derzeit nach Landesarchivgesetzen und deren Verwaltungsvorschriften gang und gäbe ist.

- c) *zügige Bearbeitung von Anträgen auf Opferhilfe und bei Rehabilitierungsanträgen*



Zugangsrechte sollten erweitert werden.

Vertrauen seitens des gesamten im StUG genannten Personenkreises (Betroffene, Dritte, Mitarbeiter und Begünstigte) in die Behörde ist die Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten. Mit einer Übernahme in eine andere institutionelle Trägerschaft wäre diese Unabhängigkeit hinfällig oder nach außen hin nicht mehr erkennbar.

Das überragende Vertrauen, das die BStU genießt, beruht neben der bewährten Praxis auch auf der nach außen hin deutlich erkennbaren Abgrenzung zu anderen Behörden und Einrichtungen. Besonders die Betroffenen müssen sich intuitiv sicher sein können, daß die oftmals sehr sensiblen Informationen nicht in einem für sie undurchschaubaren „Behördendschungel“ verschwinden.

Da die bisherige Praxis der Akteneinsicht für Betroffene sowie im öffentlichen Auftrag oder wissenschaftlichen Interesse

gelungen der Länder im Archivrecht, in den Verwaltungsvorschriften und in der Verwaltungspraxis würden – wie dies bei sonstigen DDR-Akten bereits jetzt teilweise der Fall ist – Recherchen nach Vorgängen für Betroffene und Wissenschaftler um ein Vielfaches erschweren.

Nach negativen Erfahrungen im Umgang mit anderen Akten mit persönlich sensiblen Daten ist eine wie auch immer geartete Aufbewahrung der Akten durch private Firmen in staatlichem Auftrag definitiv auszuschließen.

- c) *Wiederherstellung manuell vorvernichteter Akten und ihre Zuordnung*

Die UOKG unterstreicht die Wichtigkeit dieses Projektes ausdrücklich. Tausende Betroffene, die sich bisher mit stark fragmentierten Aktenteilen zufrieden geben mußten, setzen bis heute große Hoffnungen auf die elektronische Rekonstruktio-

Der Erfolg derartiger Anträge ist stark von der Genauigkeit der Recherchen der BStU abhängig. Eine Beschleunigung der Bearbeitung zu Lasten der Präzision ist abzulehnen, weil sie neue Ungerechtigkeiten zur Folge hätte. Da eine Entbürokratisierung der mit den Anträgen verbundenen Entscheidungen nicht zu erwarten ist, ist in einer Aufstockung des Personals die einzige Lösung zu sehen.

### **Empfehlungen zu „politische Bildung und internationale Vernetzung“**

a) *historisch-politische Bildung im Zusammenhang mit der auf lokaler und regionaler Ebene entstandenen Aufarbeitungslandschaft sowie in Bezug auf die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung*

Zwischen den BStU-Außenstellen, den LStU und den Landeszentralen und den entsprechenden Institutionen auf Bundesebene einschließlich der Bundesstiftung Aufarbeitung existieren weite thematische Überschneidungen, die aber auch von der Sache her begründet sind.

Die Vielfalt der Angebote hat zweifellos zu einer Pluralität der Sichtweisen, methodischen Zugänge und thematischen Zuschnitte geführt. Der Zwang, aus finanziellen Gründen Ressourcen zu bündeln, darf diese Vielfalt nicht beeinträchtigen.

Auf Grund der verschiedenen institutionellen Zuordnungen der Akteure sollten Absprachen zur Kooperation und zu jeweiligen Schwerpunkten im Vordergrund stehen.

Wenn die Aufgaben der Landesbeauftragten (einschließlich der dazu nötigen Mittel) auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt und damit in Zusammenhang stehende Bürgerberatung ausgeweitet würden, könnten sich die Außenstellen des BStU auf das Wirken des MfS in die DDR-Gesellschaft hinein beschränken. Den Landeszentralen viele idealerweise die Aufgabe zu, übergreifende Fragen zu behandeln, die stärker mit den Folgen für die Demokratie heute verbunden sind (z.B. Extremismus). Analog wäre auf Bundesebene zu verfahren.

Diese Fokussierung der Themenbereiche setzt die Fortsetzung der bisherigen Absprachen voraus. Insgesamt wird darauf zu achten sein, daß alle Träger politischer Bildung in Deutschland die DDR-Geschichte in ihr Bild von deutscher Gesamtgeschichte stärker integrieren.

b) *Transfer von Wissen und Expertise in andere postdiktatorische Gesellschaften*

Die Anfragen aus anderen Ländern, Wissen und Erfahrungen an postdiktatorische Gesellschaften weiterzugeben, haben in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. Es ist zu erwarten, daß diese Erfahrungen weiterhin abgefragt werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Erfahrungen in der Aufarbeitung der SED-Diktatur auf eine breitere Basis gestellt werden könnten, als sie die Aufarbeitung der MfS-Vergangenheit darstellt. Die vielfältigen Kontakte mit Südkorea legen eine breitere Basis nahe.

Auch hier ist darauf zu verweisen, daß eine eigene und unabhängige Behörde zur Aufarbeitung der Hinterlassenschaften eines Geheimdienstes in einer Diktatur eine kaum zu überschätzende Signalwirkung zur politischen Aufarbeitung in anderen Ländern hat.

### **Empfehlungen zu „Forschung und wissenschaftliche Publikationen“**

a) *zukünftige institutionelle Verankerung*

Besonders die Erforschung von Interna des MfS und seiner Überlieferungsstrukturen setzt einen privilegierten Zugang zu den Akten voraus. Insofern ist eine begrenzte behördeninterne Forschung sinnvoll. In übergreifenden Fragestellungen sollte unbedingt mit anderen Einrichtungen kooperiert werden.

b) *Verteilung der vorhandenen/erforderlichen Ressourcen*

Freiwerdende Mittel sollen zur Förderung dezentraler, nichtstaatlicher Aufarbeitungsinitiativen verwendet werden. In diesem Zusammenhang sollte die finanzielle Ausstattung der Stiftung Aufarbeitung gestärkt werden, welche der entscheidende Drittmittelgeber für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch bürgerschaftliche Initiativen ist. Diese Initiativen arbeiten heute in der Regel unter prekären Verhältnissen. Eine „Austrocknung“ dieser Aufarbeitungslandschaft ist unbedingt zu verhindern. Die dezentrale, bürgerschaftliche Aufarbeitung ist neuen, zentralen und teuren Projekten vorzuziehen.

c) *Sicherung der in der BStU vorhandenen Expertise*

...

### **Empfehlungen zu „konzeptionelle und räumliche Nutzung des authentischen Standortes Normannenstraße unter Einbeziehung der bisher genutzten Standorte und anderen auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur bezogenen Orte“**

Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ist ein Ort, der dreifach für deutsche Geschichte steht. Der Ort steht für ein zentrales Element des Repressionsapparates der SED-Diktatur. Fast 40 Jahre lang war er Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit. Er ist aber auch ein Ort der Friedlichen Revolution in der DDR. Hier besetzten am 15. Januar 1990 mutige



Authentischer Ort: Das ehemalige Gelände des MfS in der Normannenstraße.

Bürgerinnen und Bürger die Zentrale der Stasi und sicherten die Akten der DDR-Geheimpolizei vor einer weiteren Vernichtung. Und schließlich ist dieser Ort seit fast 24 Jahren ein Ort, an dem der BStU auf rechtsstaatlicher Basis diese Akten den Bürgern für die persönliche, juristische, gesellschaftliche Aufarbeitung zur Verfügung stellt. Die ehemalige Stasi-Zentrale steht somit einerseits für die Repression durch die SED-Diktatur, gleichzeitig aber steht sie auch für die Botschaft, daß Diktatur überwindbar ist.

In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen als zentralem Ort für die Opfer der SED-Diktatur sollte die Normannenstraße weiterentwickelt werden zu einem Ort, an dem national wie international über die kommunistischen Diktaturen hinaus Erfahrungen mit Diktaturen und deren Transformation in einen Rechtsstaat thematisiert werden. Die er-



folgreiche Arbeit der Opferverbände und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Haus 1 sollte weiter gestärkt und ergänzt werden um Angebote, die das Stasi-Unterlagen-Archiv verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich macht und die Staatssicherheit im Kontext der SED-Diktatur zeigt.

**Empfehlungen zu „regionale Aufarbeitung/Landesbeauftragte, insbesondere...“**

a) *Zukunft der Außenstellen, beispielsweise auch im Hinblick auf deren Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger*

Wenn auch eine räumliche Verdichtung der Außenstellen aus finanziellen Gründen sinnvoll erscheint, ist doch zu berücksichtigen, daß damit der Auftrag zur Beratung und politischen Bildung aus bestimmten Regionen zurückgezogen wird. Projekte für die nachwachsende Generation werden dadurch erschwert. Die Schwelle für Bürgerinnen und Bürger, eine Beratung aufzusuchen, wird damit höher. Es ist zu berücksichtigen, daß eine kompetente Beratung in vielen Fällen von der Kenntnis lokaler Gegebenheiten abhängt. Die bei einer Reduktion von Außenstellen entstehenden Nachteile müssen berücksichtigt und durch spezielle Methoden kompensiert werden.

b) *Unterstützung der politischen Bildung im regionalen Kontext*  
Anzustreben ist eine Ausweitung der Aufgaben der Landesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt – eine Aufgabe, die faktisch bereits jetzt wahrgenommen wird. Damit könnten die Außenstellen der BStU ihre politische Bildungsarbeit stärker auf den Bereich des MfS konzentrieren.

Rainer Wagner,  
Bundesvorsitzender der Union  
der Opferverbände kommunistischer  
Gewaltherrschaft

## Defizitärer Gesetzentwurf

Stellungnahme des Bundesvorsitzenden von UOKG und VOS für die Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags am 24.11.2014

Als Bundesvorsitzender des Dachverbandes der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) und Bundesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) möchte ich deutlich machen, daß wir dankbar sind, daß im 25. Jahr des Falls der Mauer und des Endes der SED-Diktatur sich der Gesetzgeber der Verbesserung der Lage der Opfer des Unrechtsstaats DDR annimmt.

Diese Dankbarkeit wird auch nicht dadurch geschmälert, daß die Vertreter der Opfer von Seiten des Justizministeriums viel früher in die Erarbeitung des Gesetzes hätten einbezogen werden müssen. Leider wurde dies, trotz mehrmaliger Wortmeldungen der UOKG, unterlassen.

Allerdings erwarten wir auch jetzt noch, daß das Gesetz zu einer deutlichen Verbesserung der Lage der Opfer führt.

Gerechtigkeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft wäre nach unserem Eindruck erst dann hergestellt, wenn die soziale Lage der Opfer, insbesondere auch die Lage der Ruheständler unter ihnen, dem Durchschnitt der sozialen Situation der Träger und Mitläufer des SED-Regimes entspräche. Daß dies nur schwer zu erreichen ist, müssen wir zur Kenntnis nehmen, können aber das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Der in der jetzigen Form eingebrachte „Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen

Verfolgung in der ehemaligen DDR“ kann die Erwartungen auf annähernde Gerechtigkeit für die Betroffenen aber nicht erfüllen. Sollte er wie vorgelegt vom Bundestag verabschiedet werden und in Kraft treten, wird er bei einem großen Teil der Betroffenen auf Unzufriedenheit und Verärgerung stoßen.

Im Fall, daß das Gesetz wie vorgelegt beschlossen wird, wird es vielen Betroffenen wie ein Almosen erscheinen. Unter

### Chance, mehr Gerechtigkeit für die Opfer zu erreichen

bisher nicht berücksichtigten Opfern der Verfolgung aber wird es Verärgerung und Verbitterung hervorrufen.

Dabei bestünde mit dem „Fünften Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ die Chance, mehr Gerechtigkeit den Opfern gegenüber zu erreichen.

1. Eine bloße Erhöhung der Opferrente und der beruflichen Ausgleichsleistungen reicht bei weitem nicht aus, weder im Hinblick auf die Höhe, noch auf den vorgesehenen Personenkreis.

Dieses Vorhaben kommt lediglich einem kleinen Teil der Opfer, nämlich den

Haftopfern mit einer Haftdauer von über sechs Monaten und beruflich besonders schwer Verfolgten, zugute.

Aufgrund des Facettenreichtums der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR erstreckte sich die politische Repression aber auf zahlreiche weitere Personengruppen. Ihre Verfolgung war oft ähnlich grausam und traumatisierend wie politische Haft.

– So wurden Kinder aus Familien gerissen und zwangsweise zur Adoption freigegeben. Die Traumata begleiten die Kinder und ihre leiblichen Eltern bis heute.

– Menschen wurden außerhalb des Gefängnisses planmäßig psychisch drangsaliert durch die sogenannte Zersetzung.

Diese Menschen können zwar in den Regelungsbereich des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes fallen. Tatsächlich aber haben sie wegen meist unüberwindlichen Beweisanforderungen so gut wie keine Erfolgsaussichten. In diesen Fällen brauchen wir dringend Beweiserleichterungen.

– Besonders stark waren diejenigen betroffen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten sowie politische Häftlinge, die nach der Haft in die DDR entlassen und dann in aller Regel Opfer von Zersetzungsmaßnahmen wurden.



– Personen mit einer Haftdauer von unter sechs Monaten erhalten keine Opferrente. Dabei sind die ersten Tage und Wochen der Haft oft die traumatischsten und ihre Folgen begleiten die Betroffenen ein Leben lang. Hier wäre wenigstens eine anteilige Opferrente nötig.

– Hinsichtlich § 19 Härteregelung StrRehaG („Ergibt sich eine besondere Härte daraus, daß keine Kapitalschädigung oder keine besondere Zuwendung gezahlt wird, kann die zuständige Behörde dem Antragsteller diese Leistung zuerkennen.“) sollte man eventuell in Bund-Länder-Gesprächen zu einer Erweiterung und Konkretisierung der Durchführungsbestimmungen kommen, um künftig im Einzelfall die Gesamtumstände der Haft besser berücksichtigen zu können. Die derzeitige Situation illustriert dieses Beispiel: Ein damals 16-jähriges, schwangeres Mädchen kam wegen „versuchter Republikflucht“ in U-Haft, ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich immer mehr, schließlich drohte eine Fehlgeburt. Sie kam ins Haftkrankenhaus und wurde nach 171 Tagen entlassen. Ihr Antrag auf Opferrente unter Hinweis auf die Härteregelung wurde von Seiten der Behörde abgelehnt, da eine Schwangerschaft während der MfS-Untersuchungshaft keine besondere Härte darstellen würde. Diese Entscheidung ist zutiefst unbefriedigend und auch in ihrer Argumentation inhuman. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

– Die Frauen, die nach 1945 in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, müssen in die Rehabilitierungsgesetze aufgenommen und vergleichbar mit politischen Häftlingen entschädigt werden. Ihre Zwangsarbeit war keine wirkliche Kriegsfolgelast, denn nur das kommunistische Regime der Sowjetunion hat diese unmenschliche Maßnahme durchgeführt.

2. Außer für Haftopfer und beruflich Verfolgte nach § 8 BerRehaG sind die Folgeleistungen auch für alle anderen Betroffenen unzureichend. Wir brauchen eine regelmäßige Ehrenrente für alle, die in der ehemaligen SBZ/DDR staatlichen Repressalien ausgesetzt waren. Da es für die innerhalb der DDR Zwangsausgesiedelten bis heute keine sinnvolle Entschädigung gibt, müßten auch diese in das Gesetz aufgenommen werden.

3. Nicht nur die Opfer selbst, sondern auch deren Angehörige haben unter der politischen Verfolgung gelitten und tun dies auch heute noch. Sie und ihre Familien leben oft in finanziell äußerst prekären Verhältnissen. Auch dies ist in der Regel eine Folge der Erlebnisse in der ehemaligen DDR. Aufgrund schwerer haftbedingter Gesundheitsschäden können nur wenige bis zum regulären Rentenalter Rentenansprüche erarbeiten.

Mit der Häftlingsrente kommt die besondere Zuwendung dementsprechend nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch deren Familien zugute. Die Häftlingsrente hat wesentlichen Anteil an der Bestreitung des familiären Lebensunterhalts.

Mit dem Tod der Betroffenen fällt nicht nur deren Einkommen, sondern auch die besondere Zuwendung weg. Es besteht die Gefahr, daß sich die ohnehin prekäre wirtschaftliche Situation dieser Familien noch verschärft.

Um dies zu verhindern, muß die besondere Zuwendung künftig auch auf Witwen und Witwer vererbt werden können. Besonders die Frauen in der Generation der Betroffenen haben nur geringe oder keine eigenen Rentenansparungen. Da die Männer oft verfolgungsbedingt nur geringe Rentenansprüche hatten, können die Hinterbliebenen kaum von der Witwen- bzw. Witwerrente leben, die maximal nur 60 Prozent der Rente des verstorbenen Ehepartners beträgt.

4. Eine einmalige Erhöhung der Opferrente um 50 € und der Leistungen nach § 8 BerRehaG um 30 € sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb muß eine Erhöhung über diese geringe Summe hinaus erfolgen. Die vorgesehene Erhöhung um 50 € wird in Gänze durch den Inflationsverlust zuzüglich des jährlich fortschreitenden Kaufkraftverlusts aufgebraucht.

Damit die Opferrente eine sinnvolle Leistung bleibt, muß zukünftig ein

inflationbedingter Kaufkraftverlust verhindert werden. Die geplante einmalige Erhöhung wird in kurzer Zeit wieder von der Inflation aufgeessen worden sein. Daher bedarf es einer regelmäßigen Er-



Versuche, das Trauma aufzuarbeiten: Suchanzeigen nach Vermißten im Zusammenhang mit Zwangsadoptionen.

Foto: Katrin Behr

höhung der Opferrente, vergleichbar mit den anderen Renten.

5. Die Opferrente war einmal als Ehrenpension und nicht als Sozialleistung für bedürftige Haftopfer gedacht.

Aus diesem Grund muß die Bedürftigkeitsklausel aus dem Gesetz gestrichen werden. Dies erbrächte auch eine Einsparung im Hinblick auf den bürokratischen Aufwand, den das Gesetz mit sich bringt. Auch kommt die Würdigung der Betroffenen wegen der bürokratischen Verfahrenen zu kurz.

Den Betroffenen muß im Verfahren das Recht zugestanden werden, persönlich vor Gericht und bei den Behörden angehört zu werden. Die Betroffenen müssen gegebenenfalls einen Anspruch darauf bekommen, daß über ihren Fall per Urteil entschieden wird.

Die Betroffenen sollten statt eines Bescheids oder eines Beschlusses eine förmliche Rehabilitierungsurkunde verliehen bekommen. Dies könnte im Rahmen einer feierlichen Zeremonie geschehen. So würde man vielen Betroffenen auch eine Genugtuung und moralische Aufwertung ihres Einsatzes für rechtsstaatliche Grundsätze in der SBZ/DDR geben. Gerade für traumatisierte Menschen wäre eine solche Anerkennung hilfreich.

Rainer Wagner

# Auch Kinder und Enkel interessiert an Aufarbeitung

## Herbsttreffen der ehemaligen Häftlinge des Speziallagers Fünfeichen

Obwohl die Mitgliederzahl in der Arbeitsgemeinschaft (AG) in den letzten Jahren trotz des schmerzhaften Verlustes vor allem von ehemaligen Häftlingen des Lagers



Die Glocke der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen.

Fünfeichen mit ca. 800 (davon ca. 50 korrespondierende Mitglieder) etwa stabil geblieben ist, hat sich das Verhältnis von ehemaligen Häftlingen zu Angehörigen stark verändert. Während in den ersten Jahren unserer Tätigkeit bei knapp 500 Mitgliedern fast 50 Prozent ehemalige Häftlinge waren, sind wir heute stolz, noch 118 ehemalige Häftlinge des

Lagers im Alter von 83 bis 98 Jahren in unserer Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen zu haben, d.h. ca. 15 Prozent.

Trotz dieser Entwicklung (die nicht nur negativ zu betrachten ist, denn der Anteil der am Lager Fünfeichen interessierten Kinder und Enkelkinder ehemaliger Häftlinge ist kontinuierlich gestiegen) führen wir jährlich das traditionelle Kameradschaftstreffen mit ehemaligen Häftlingen in Neubrandenburg durch. Solange dieser Wunsch bei diesen für uns wichtigen Zeitzeugen besteht, werden wir auch zu-

künftig die Treffen inhaltlich der Teilnehmerstruktur angepaßt vorbereiten und durchführen. Wenn man sieht und fühlt, wie glücklich diese Menschen sind, wenn sie sich wiedersehen, miteinander sprechen und einige gemütliche Stunden verbringen können, dann weiß man, diese Treffen müssen fortgeführt werden. Die Teilnehmer erfreuen sich immer wieder an dem kleinen Kulturprogramm der Musikschüler und waren auch 2014 wieder sehr überrascht von dem neuen Film, den wir in diesem Jahr mit ihnen gedreht haben.

Gerade dieser Film mit dem Titel „Neubrandenburg Fünfeichen – Auf den Spuren der Lager“ weckte viele Erinnerungen an vergangene zum größten Teil schmerzhafteste Jahre im Lager Fünfeichen, regte aber gleichzeitig zu weiteren intensiven Diskussionen über diese lange verschwiegene Lagerzeit an. Trotz des ernsten und schmerzhaften Inhaltes der Veranstaltung zeichnen sich diese Treffen durch eine familiäre Atmosphäre aus, die die Teilnehmer veranlaßt, immer wieder zu kommen. Als Organisator ist es einfach ein gutes Gefühl, wenn man spürt, wie wohl sich die Menschen fühlen und wie wichtig für sie diese Treffen im hohen Alter sind.

Für einige unserer ehemaligen Häftlinge ist die Teilnahme an diesen Treffen aber nur möglich durch die Bereitschaft der Kinder oder Enkelkinder, an den Veranstaltungen ebenfalls teilzunehmen. Mit ihrem Verständnis für das Interesse der El-

tern und Großeltern erfüllen sie nicht nur einen Wunsch ihrer Angehörigen, sondern befassen sich auch selbst intensiver mit der Vergangenheit ihrer Vorfahren.

Auch für die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen ist diese Entwicklung der veränderten Teilnehmerstruktur wichtig. Deshalb möchte ich an dieser Stelle nicht nur das Dankeschön an die ehemaligen Häftlinge richten, die den Inhalt unserer Veranstaltungen prägen, sondern an die vielen Töchter, Söhne und Enkel, die einen sehr wichtigen Beitrag zum Gelingen unserer Veranstaltungen leisten.

Nach der Präsentation des neuen Filmes, den Informationen zur weiteren Gestaltung der Gedenkstätte im Jahr 2015 und den Schwerpunktaufgaben der AG Fünfeichen für die nächsten Monate begab sich der größte Teil der ca. 70 Teilnehmer zur Kranzniederlegung in die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen. Bei herrlichem Herbstwetter und Glockengeläut war die kleine Gedenkfeier ein würdiger Abschluß dieses wieder sehr gelungenen Treffens.

Der neue Film wird am 9. Mai 2015 zur Jahresgedenkenveranstaltung in der Hochschule Neubrandenburg gezeigt und wieder für alle Teilnehmer zum Kauf angeboten. Nichtteilnehmer können diesen Film natürlich über die AG Fünfeichen per Post erwerben.

Rita Lüdtke

## Wendepunkt in der Geschichte

### Leipzig feierte 25 Jahre Friedliche Revolution

In Leipzig konnte am 9. Oktober jeder noch einmal jenes Freiheitsgefühl und leidenschaftliche aber friedliche Freiheitsverlangen nacherleben, das vor 25 Jahren die Macht der SED-Diktatur endgültig zerbrach. Die machtvollen Demonstrationen der Bürger aus Leipzig und Umgebung, die am 9. Oktober auf über 70 000 angeschwollen waren (manche sagen, es waren vielleicht sogar 150 000), haben an jenem Tag ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung mit Nachdruck erzwungen und den Satz geprägt, der in die Welt hinaus ging:

„Wir sind das Volk.“

Die wirklich guten Reden der Staatsoberhäupter bei der offiziellen Feier im Gewandhaus zu Leipzig würdigten die Rolle Leipzigs und seiner Bürger als „Heldenstadt“ in gebührender Weise. Hervorgehoben wurde auch der Aufruf zur Gewaltlosigkeit, der von Kurt Masur auf Band gesprochen und bei den Friedensgebeten verbreitet, über Stadtfunk gesendet und auch an die Einsatzleitungen der bewaffneten Kräfte der NVA, der Polizei und der Stasi gerichtet wurde. Ja, es hätte auch anders kommen können. Viele Zeitzeugen erzählten von ihrer Wut und ihrer Entschlossenheit damals, aber auch ihrer Angst. Die Angst zu überwinden

im Kampf um Freiheit, Bürgerrechte und Selbstbestimmung, auch darin war der 9. Oktober in Leipzig ein Wendepunkt in der Geschichte. Natürlich wurde auch der Vorgeschichte der Friedlichen Revolution gedacht und der anderen Orte der Friedlichen Revolution. Bundespräsident Joachim Gauck hatte die Präsidenten aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn eingeladen und nach Leipzig mitgebracht. Er würdigte ausdrücklich den Anteil dieser Länder an der Befreiung aus der kommunistischen Unterdrückung. Was mir besonders gefiel, er vergaß auch Österreich nicht, dieses Land habe mehr als nur eine Nebenrolle gespielt.

Weitere Ehrengäste waren Hans-Dietrich Genscher, die früheren US-Außenminister James Baker und Henry Kissinger. Freiheit

war das große Thema von Joachim Gauck, der anschaulich und mit bewegenden Worten unseren Weg dorthin und heraus aus dem vormundschaftlichen Staat schilderte. Ministerpräsident Stanislaw Tillich erinnerte in seiner Rede vor allem an das große Engagement und die Bereitschaft zu Mitgestaltung des Landes, das wieder belebt werden müsse. Nur 49 Prozent der Bürger gingen in Sachsen zuletzt zur Wahl. Er bedauerte nicht zu unrecht das nachlassende Interesse an der Mitgestaltung demokratischer Verhältnisse im Lande. Landtagspräsident Dr. Rößler setzte in seiner kurzen Rede noch einige interessante Akzente, unter anderem mit der Rolle der „Gruppe der 20“ in Dresden und dankte insbesondere noch einmal Kurt Masur für sein herausragendes Engagement.

Friedensgebet und Lichterfest, Gespräche mit den Politikern brachten bis tief in die Nacht hinein noch einmal die Stimmung jener Tage nach Leipzig, die Überzeugung, ja, es braucht Bürgermut, es braucht staatsbürgerlich-freiheitliche Gesinnung und Gestaltung, aber vielleicht auch weniger Bürokratie und Fremdbestimmung durch den Staat. Vereinzelt, wie bei Bernd Lutz Lange, gab es in Leipzig Verärgerung darüber, daß die Mitverfasser des Aufrufs zur Gewaltlosigkeit aus der Bezirksleitung

der SED nicht genannt oder nicht mit eingeladen wurden. Meine Meinung dazu ist: Ja, nennen sollte man sie und ihnen Respekt zollen, denn sie wagten auch etwas. Aber zur Festveranstaltung einladen, nein, das ging mir zu weit.

Auch der 10. Oktober bescherte Leipzig noch einen Höhepunkt und Abschluß der Feierlichkeiten zum 9. Oktober. Die Preisverleihung der "Goldenen Henne" wurde aus gegebenem Anlaß in die Messehalle der Stadt geholt. Ein Riesenpublikum feierte in der Neuen Messe mit. Die Veranstaltung fügte sich sehr gut in die Feierlichkeiten zum 9. Oktober ein. Ja, sie setzte sogar noch einige eigene Akzente die hervorgehoben werden müssen und die nicht nur mich, sondern Politiker und uns alle daran erinnern, daß noch längst nicht alles in Ordnung ist und auch noch längst nicht alles Unrecht der DDR aufgearbeitet ist: Die Schauspielerin Katrin Sass brachte mit ihrer Laudatio auf Katrin Behr und ihren Verein OVZ-DDR e.V. über zwangsadoptierte Kinder für mich den emotionalen Höhepunkt in dieser Show. Daß Katrin Behr in dieser Kategorie die Goldene Henne erhielt, ist mehr als verdient. Sie nannte denn auch die gegenwärtige Diskussion, ob die DDR ein Unrechtsstaat sei oder nicht, eine Farce. Angesichts der vielen

zwangsadoptierten Kinder in der DDR, der gewaltsam auseinandergerissenen Familien und des damit verbundenen Leides für Eltern und Kinder, liegt Unrecht auf der Hand. Neben den von unseren Opferverbänden immer wieder vorgebrachten Forderungen ist gerade das Problem der Zwangsadoption ein völlig ungelöstes. Seit 25 Jahren hat die Politik weder für Aufklärung noch für Hilfe gesorgt. Im Gegenteil, unnötige Datenschutzbestimmungen an dieser Stelle und die Bürokratie in den Jugendämtern schützen hier DDR-Unrecht seit Jahrzehnten.

So kommen zur berechtigten Freude über 25 Jahre Befreiung vom Kommunismus auch einige Wermutstropfen hinein – so ist das Leben.

Bernd Müller-Kaller



Vor der offiziellen Feier im Gewandhaus.

## Aktuelle Themen im Vordergrund

### Treffen ehemaliger politischer Häftlinge des Arbeitslagers X

Mitte Oktober trafen sich in Bad Hersfeld ehemalige Häftlinge des Lagers X. Das Lager X war ein Arbeitslager, in dem für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet wurde, Mauer an Mauer mit der zentralen Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen.

In diesem Jahr fand das 20. Treffen im Zwei-Jahres-Rhythmus seit der Haftentlassung der meisten Kameraden in den Jahren 1967/68 statt. Gekommen waren 20 ehemalige Häftlinge, mit den Angehörigen etwa 30 Personen.

Diskutiert wurden natürlich auch die momentanen aktuellen politischen Themen, von Nahost bis Ukraine, und besonders die Koalitionsverhandlungen in Thüringen. Schon die Tatsache, daß dort um den Begriff „Unrechtsstaat DDR“ angeblich gerungen wurde, zeigt die dünne Konsens-Basis derjenigen in Thüringen, die eine rot-rot-grüne Koalition anstreben, in der der Vorsitzende der Linkspartei, als

der direkten Nachfolgerin der verhaßten SED, zum Ministerpräsidenten gemacht werden soll.

Das empfanden alle als einen Schlag ins Gesicht der Thüringer, vor allem der Opfer der jahrzehntelangen Diktatur, in deren Verlauf unermeßliches Leid über dieses Land gebracht wurde. Vor allem wird der SPD angelastet, daß sie all ihre Traditionen über Bord wirft und einem aus dem Westen importierten Gewerkschafter nachläuft, um einen kleinen Zipfel der Macht zu erhaschen.

Eine solche Regierung entspricht nicht dem Willen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, sie wird die SPD zerreißen und dem Land dauerhaft schaden. Dies ist auch nicht das, wofür die Thüringer in Jena, Arnstadt, Ilmenau und anderen Orte 1989 auf die Straße gegangen sind.

Hans-Peter Schudt

## Tanzperformance für das Mahnmal



Am 6. November 2014 trat die Tanzkompanie Golde Grunské mit einer neu erarbeiteten Choreographie vor den weißen Mauerkreuzen neben dem Berliner Reichstag auf. Die Vorstellung wurde zur Unterstützung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus gegeben.

# „Nicht wir müssen etwas tun, sondern ich muß etwas tun“

Kongreß der UOKG am 15. November 2014 in Berlin

(st)Es war kein einfaches Thema, „Ein Licht der Hoffnung und des Anstands. Formen des Widerstands und der Opposition: 20. Juli 1944 und 1989“. Um es vorweg zu nehmen, das Konzept ging auf. Es stellte sich heraus, daß die Problematik nicht – wie man annehmen könnte – im Unterschied von 1944 und 1989 lag, sondern eher in der Zielstellung von frühem Widerstand und späterer Opposition.

Über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Rezeption sprach Dr. Axel Smend, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944 und Sohn von Günther Smend, der beteiligter Offizier war und nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Smend kennzeichnete zu Beginn Widerstand in einer Diktatur als stets verbunden mit Risiko für das eigene Leben und die Familie. Dann widmete er sich den verschiedenen sozialen Gruppen, die dem NS-Regime Widerstand entgegengesetzt hatten. So sei Georg Elser ein einfacher Schreiner

gewesen, der zu dem Schluß kam, daß Hitler und Himmler weg müßten. Sein Attentatsversuch 1939 scheiterte, er wurde hingerichtet. Hans und Sophie Scholl als bekannteste Vertreter des studentischen Widerstands fielen nach einem Schauprozess unter dem Fallbeil, und Smend zitierte Hans Scholl mit den Worten: „Nicht wir müssen etwas tun, sondern ich muß etwas tun.“ Smend berichtete vom Kreisauer Kreis, der keine Attentatspläne verfolgte, jedoch Deutschland nach dem Krieg auf neue Grundlagen stellen wollte und sich mit den Themen deutscher Staat, Bildung und Europa befaßte. Die Beteiligten wurden ebenfalls hingerichtet. Als kirchliche Vertreter des Widerstands würdigte er den Katholiken Alfred Delp und den Protestanten Dietrich Bonhoeffer. Darüber hinaus habe es aber auch zahlreiche heute völlig Unbekannte gegeben, so das Ehepaar Hampel in Berlin-Wedding, daß 250 regimekritische Postkarten verteilte, oder Liane Berkowitz, die kleine Klebezettel angebracht hatte. Sie bekam im Gefängnis ein Kind, das umgebracht wurde, ebenso sie selbst und ihre Mutter. Smend schilderte dann die Abläufe, die zum Attentat am 20. Juli 1944 geführt hatten. So habe es über Jahre hinweg bereits mehrere Anläufe gegeben, die jedoch immer scheiterten. Sehr bewegend waren seine Ausführungen über die Folgen für die Familien der Verhafteten. Seine Mutter hatte vom Tod des Vaters erst 20 Tage später durch die Zahlungsaufforderung einer „Vollstreckungsgebühr“ erfahren. Nach 1945 galten die Männer des 20. Juli juristisch als „Verräter“, entsprechend wurden auch die Familien behandelt. Erst Anfang der 70er Jahre habe die Auseinandersetzung mit dem Widerstand eingesetzt.

Horst Schüler, Journalist, ehemaliger politischer Häftling und Ehrenvorsitzender der UOKG, widmete sich dem frühen Widerstand in SBZ und DDR. Auch sein Vater wurde in der NS-Diktatur umgebracht, als Sozialdemokrat im KZ Sachsenhausen. Schüler knüpfte an den 25. Jahrestag des Mauerfalls

an, der „gelöst und heiter“ begangen wurde, der frühe Widerstand sei jedoch nicht gewürdigt worden. Dessen Vertreter fühlten sich vergessen, man könne jedoch nicht Zukunft in Freiheit gestalten, wenn die Geschichte ausgeblendet werde. Dann erinnerte er an die Niederschlagung des Workutaner-Aufstands, den Rostocker Studenten Arno Esch, der in Moskau hingerichtet wurde, an die Werdauer Oberschüler, die Belter Gruppe, die Tausenden Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung von KPD und SPD verweigerten und eingesperrt wurden, und an die ca. 1000 deutschen Frauen

und Männer, die man zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschoss. Schüler resümierte, der große Respekt vor Bürgerrechtsbewegung und Helmut Kohl als Einheitskanzler dürfe nicht dazu führen, daß der frühe Widerstand historisch nicht eingeordnet werde. Viele Glieder einer Kette hätten erst am Ende zur deutschen Einheit geführt.

Der Soziologe und Publizist Prof. Dr. Manfred Wilke referierte detailliert über die Doppelverfolgung Heinz Brandts unter den Nationalsozialisten und in der SBZ/DDR. Brandt hatte das Lager Auschwitz überlebt, war 1961 vom MfS gekidnappt und zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Durch internationale Proteste kam er 1964 frei.

Nach einem kurzen Vortrag Dr. Dietrich Kochs über die Plakataktion gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968, für die er zweieinhalb Jahre Haft erhielt und anschließende Einweisung in die Psychiatrie zur „Vorbeugung gegen Wiederholung“, widmete sich der Theologe Dr. Ehrhart Neubert der Geschichte der DDR-Opposition. Er definierte und begründete die Unterscheidung von Widerstand und Opposition. Beides habe zum Ziel „die Wiederherstellung des Rechts“. So richtete sich der frühe Widerstand gegen die Etablierung des neuen, kommunistischen Systems. Der 17. Juni 1953 sei der Höhepunkt der Periode des Widerstands gewesen, er habe alle Bevölkerungsgruppen umfaßt und letztlich auf die Abschaffung des Systems gezielt. Nach seiner Niederschlagung habe sich zunehmend Resignation breitgemacht, Widerstandsaktionen nahmen drastisch ab und seien erst nach dem Mauerbau durch „punktuellen intellektuellen Widerspruch“ abgelöst worden. Kirchliche Strukturen boten Schutz für oppositionelle Gruppen. In den 80er Jahren entstanden Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen. Neubert stellte die These auf, daß diese Gruppen „legalistisch“ gearbeitet hätten, also im Rahmen der Gesetze. Für die Werte dieser Opposition sei Sozialismus durchaus eine Größe gewesen, er sollte jedoch reformiert werden. Allerdings habe man teilweise auch grundlegende Fragen berührt: freie Wahlen, Selbstbestimmung, die deutsche Frage.



Ulrike Poppe: Legale Opposition war in der DDR nicht möglich.

gewesen, der zu dem Schluß kam, daß Hitler und Himmler weg müßten. Sein Attentatsversuch 1939 scheiterte, er wurde hingerichtet. Hans und Sophie Scholl als bekannteste Vertreter des studentischen Widerstands fielen nach einem Schauprozess unter dem Fallbeil, und Smend zitierte Hans Scholl mit den Worten: „Nicht wir müssen etwas tun, sondern ich muß etwas tun.“ Smend berichtete vom Kreisauer Kreis, der keine Attentatspläne verfolgte, jedoch Deutschland nach dem Krieg auf neue Grundlagen stellen wollte und sich mit den Themen deutscher Staat, Bildung und Europa befaßte. Die Beteili-

igten wurden ebenfalls hingerichtet. Als kirchliche Vertreter des Widerstands würdigte er den Katholiken Alfred Delp und den Protestanten Dietrich Bonhoeffer. Darüber hinaus habe es aber auch zahlreiche heute völlig Unbekannte gegeben, so das Ehepaar Hampel in Berlin-Wedding, daß 250 regimekritische Postkarten verteilte, oder Liane Berkowitz, die kleine Klebezettel angebracht hatte. Sie bekam im Gefängnis ein Kind, das umgebracht wurde, ebenso sie selbst und ihre Mutter. Smend schilderte dann die Abläufe, die zum Attentat am 20. Juli 1944 geführt hatten. So habe es über Jahre hinweg bereits mehrere Anläufe gegeben, die jedoch immer scheiterten. Sehr bewegend waren seine Ausführungen über die Folgen für die Familien der Verhafteten. Seine Mutter hatte vom Tod des Vaters erst 20 Tage später durch die Zahlungsaufforderung einer „Vollstreckungsgebühr“ erfahren. Nach 1945 galten die Männer des 20. Juli juristisch als „Verräter“, entsprechend wurden auch die Familien behandelt. Erst Anfang der 70er Jahre habe die Auseinandersetzung mit dem Widerstand eingesetzt.

Mit den Methoden und Inhalten oppositioneller Gruppen befaßte sich auch Ulrike Poppe, die u.a. zu einer der konsequentesten Bewegungen, der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM), gehörte und heute Brandenburger Beauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ist. Die Oppositionellen der DDR seien zum großen Teil Mitte der 50er Jahre geboren, also schon in der DDR sozialisiert. Die kritischen marxistischen Gruppen der 70er Jahre, christlichen Bewegungen sowie Künstler und Intellektuellen hätten vorwiegend alternative Gesellschaftsformen diskutiert und sich konspirativ verhalten. Der Marxismus habe noch faszinierende Vorstellungen von einer befreiten Gesellschaft geboten. Sie wurden abgelöst von der offenen Arbeit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und Menschenrechts-, Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen. Die IFM habe bereits 1987 die Forderung nach freien Wahlen erhoben. Poppe

wandte sich gegen die These Neuberts, die Gruppen hätten legalistisch agiert. Es sei gar nicht möglich gewesen, im legalen Bereich zu bleiben, denn das politische Strafrecht der DDR konnte beliebig ausgelegt werden. Im Rückblick übte sie auch Kritik an der DDR-Opposition. Diese habe von der Bevölkerung relativ isoliert gearbeitet, „sie mied die Niederungen der Konsuminteressen“. Dies sei ein Fehler gewesen.

Prof. Dr. Daniela Münkel, Historikerin beim BStU, stellte den Blick der Staatssicherheit auf den Herbst 1989 dar. Sie kam zu dem Ergebnis, daß im Zuge der Friedlichen Revolution die Zahl aktiver IMs zwar abnahm, die Geheimpolizei aber dennoch umfassend über die Vorgänge und die Ursachen der Unzufriedenheit informiert war. Zum Schluß sprach der Theaterwissenschaftler Dr. Matthias Braun vom BStU über Künstler und die Friedliche Revolution. Er erinnerte daran,



Horst Schüler: Der frühe Widerstand wurde nicht gewürdigt.

daß damals gerade die Provinzbühnen wichtige Orte öffentlicher politischer Auseinandersetzung gewesen waren.

(Die Vorträge werden wieder in einem Kongreßband veröffentlicht.)

## Anonyme Gewalt

Verbandstreffen der UOKG am 29. und 30. November in Berlin

(st) Das UOKG-Verbandstreffen am Ende dieses Jahres befaßte sich mit dem Thema „Verschiedene Aspekte des Repressionsapparates in der DDR“. Zunächst sprach die Politikwissenschaftlerin Dr. Rita Sélitrény über geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten. Mit der Richtlinie 1/76 des MfS sei mehr und mehr die außerjuristische Strafverfolgung eingesetzt worden. Statt strafrechtlicher habe man mit geheimdienstlichen Methoden inoffizielle Beweise erhoben. Um dennoch eine strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen, mußten anschließend die inoffiziellen in gerichtlich verwertbare Beweise umgewandelt werden, durch „Offizialisierung“. In den späten Jahren der DDR sei das Ziel gewesen, strafrechtliche Verfolgung möglichst zu umgehen und statt dessen politisch Unliebsame zu zersetzen oder als IM zu werben. Mit dieser Strategie habe das MfS vor allem die sogenannten Zelleninformatoren rekrutiert. Ihr Fazit lautete, die DDR sei auch ein Simulationsstaat gewesen, der sich als Normenstaat ausgeben wollte, während er als Maßnahmenstaat agierte.

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, ebenfalls Politikwissenschaftlerin, erläuterte die Zersetzungsmaßnahmen des MfS. Der Übergang zu dieser „verdeckten und laut-

losen Repression“ habe seine Ursachen im Wunsch nach höherer Anerkennung in der Gesellschaft und im internationalen Raum gehabt. Der Methodenwandel sei jedoch keine Liberalisierung gewesen. Zersetzung zielte darauf ab, schwerste persönliche Lebenskrisen zu erzeugen. Diese Form der Gewalt sei anonym und persönlichkeitsorientiert. Zu den Strategien zählten inszenierte berufliche Mißerfolge, Diskreditierung des Ansehens, Zerstörung des familiären Friedens und Kriminalisierung. Die Folgen wären Existenzängste, Verlust des Selbstvertrauens und schwerste psychische Störungen bis hin zur Selbsttötung. Manche Betroffene seien die Stigmata bis heute nicht losgeworden. Sandra Pingel-Schliemann appellierte an die Verbände, sich für die überfällige Rehabilitation von Zersetzungsoffern einzusetzen.

Der Journalist und Historiker Christian Booß stellte Forschungsergebnisse zum Thema „Denunziation, Nomenklaturkader und MfS-Informanten jenseits der IM“ vor, die er gemeinsam mit Dr. Helmut Müller-Enbergs in dem kürzlich erschienenen Buch „Die indiskrete Gesellschaft“ (s. 8/2014, S. 18) veröffentlichte.

Im Bericht des Vorstands stellte UOKG-Bundesvorsitzender Rainer Wagner fest, der Dachverband sei so gut wie nie zuvor

aufgestellt. Er ging noch einmal auf die Bedeutung des am Vormittag stattgefundenen Gesprächs von Bahnchef Grube mit ehemaligen DDR-Zwangsarbeitern ein (s.S. 3). Die offizielle Entschuldigung der Deutschen Bahn bedeute, daß diese sich zu ihrer moralischen Verantwortung bekenne. Nachdem weitere Firmen mit ihrem Einsatz von Zwangsarbeitern in der Vergangenheit konfrontiert worden seien, müsse an einem Runden Tisch mit Wirtschaft, Politik und Betroffenen über eine Entschädigung verhandelt werden. Wagner hob die hohe Akzeptanz der UOKG bei Medien und verschiedensten Institutionen hervor, sie werde als Partner auf Augenhöhe geachtet und wahrgenommen. Dabei liege die Stärke des Dachverbands auch in der Aktivität der einzelnen Mitgliedsverbände.

Als neues UOKG-Mitglied wurde die VOS aufgenommen. Die Verbände verabschiedeten Resolutionen mit Kritik an der geplanten Wahl eines Ministerpräsidenten der Linkspartei in Thüringen, mit einem Appell an die Bundestagsabgeordneten, die mangelhafte Novelle des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes nachzubessern, und mit einem Appell an die Verantwortlichen, die aus finanziellen Gründen drohende Schließung der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus abzuwenden.

## Auszeichnungen

Im Jubiläumsjahr der friedlichen Revolution zeichnete die Deutsche Gesellschaft vier DDR-Bürgerrechtler für ihre Verdienste um die deutsche und europäische Verständigung aus. Den Preis erhielten der ehemalige Ost-Berliner Pfarrer und Vorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, der frühere Superintendent der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens in Plauen, Thomas Küttler, der frühere Dresdner Oberbürgermeister Herbert Wagner und der ehemalige Leipziger Pfarrer Christoph Wonneberger. Die vier stünden exemplarisch für die mutigen Bürger, die während der friedlichen Revolution ihre Angst überwinden und für Demokratie und Freiheit auf die Straße gingen, hieß es zur Begründung. Die Verleihung fand am 7. November statt.

Die Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Sylvia Wähling, hat am 7. November aus den Händen des Brandenburger Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Damit würdigte die Bundesrepublik Deutschland Sylvia Wählings beispiellosen ehrenamtlichen Einsatz für die Menschenrechte, ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Verbrechen der DDR, den Aufbau des Menschenrechtszentrums Cottbus und der Gedenkstätte. Die Gedenkstätte in Cottbus ist in ihrer Art einmalig: Ein Gefängnis des Ministeriums des Innern der DDR wird

nach 1989 von ehemaligen Häftlingen gekauft und in ein Menschenrechtszentrum umgewandelt. Sylvia Wähling hat in diesem Prozeß eine herausragende Rolle gespielt und den Erhalt dieses historischen Gebäudes sowie seine neue Funktion als Gedenkstätte für die Verbrechen an den Opfern des DDR-Regimes ermöglicht.

Der Schriftsteller Reiner Kunze erhielt den Hohenschönhausenpreis 2014. Der Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vergibt die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung alle zwei Jahre. Mit dem Preis werden Persönlichkeiten gewürdigt, die sich in besonderer Weise um die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur verdient gemacht haben. Das Menschenrechtszentrum Cottbus wurde in diesem Jahr mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Nach Ansicht der unabhängigen Jury hat der 1933 im sächsischen Oelsnitz geborene Reiner Kunze in vorbildlicher Weise zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beigetragen. Bereits zu DDR-Zeiten habe er mit Werken wie „Sensible Wege“ (1969) und „Die wunderbaren Jahre“ (1976) den Unrechtscharakter der kommunistischen Diktatur offengelegt. Seine Arbeiten seien zur Standardliteratur in Deutschland avanciert und trügen bis heute in besonderer Weise dazu bei, über die Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus aufzuklären. Der Schriftsteller habe diese Arbeiten unter Inkaufnahme großer persönlicher

Risiken und Nachteile veröffentlicht und sei deshalb u.a. aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen, durch die Stasi verfolgt und aus der DDR gedrängt worden. Das Menschenrechtszentrum Cottbus erhielt den Sonderpreis für seine Bemühungen, aus dem größten DDR-Gefängnis für politische Gefangene eine Gedenkstätte zu schaffen. Da die Finanzierung der Gedenkstätte bislang völlig ungesichert sei, wollte die Jury mit dem Preis auch ein Zeichen setzen, damit Bundesregierung, Land Brandenburg und Stadt Cottbus ihrer Verantwortung gerecht würden. Die Preisverleihung fand am 25. November 2014 statt.

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe wurde am 11. Dezember mit der Berliner Friedensuhr ausgezeichnet. Zweiter Preisträger ist die Gedenkstätte Hohenschönhausen, teilte das Berliner Komitee für Unesco-Arbeit mit. Ulrike Poppe ist heute brandenburgische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Sie habe sich auch durch schlimmste Repressalien nicht von ihrem friedlichen Weg abbringen lassen, begründete das Kuratorium seine Entscheidung. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen überwinde durch ihre tägliche Arbeit die früheren Gefängnismauern, reiße sie nachträglich nieder und rehabilitiere die Opfer.

Allen Ausgezeichneten herzlichen Glückwunsch! 

## Totenbuch erschienen

Nach jahrzehntelangen Forschungen hat die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen die Namen von ca. 700 Personen recherchieren können, die 1945/46 im sowjetischen Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen aufgrund der Haftbedingungen gestorben sind. Das Buch


ist versehen mit einer Einleitung von Dr. Hubertus Knabe und einem Essay von Peter Erler zu den Todesursachen und zur Herkunft der Toten. Auch für die Berliner Stadtgeschichte ist dies ein wichtiger Beitrag, weil jetzt erstmals bekannt ist, wer unter dem nach dem Ende der DDR ge-

schaffenen Mahnmal auf dem städtischen Friedhof in Hohenschönhausen begraben liegt.

Gedenkstätte Hohenschönhausen (Hrsg.): Totenbuch sowjetisches Speziallager Nr. 3 und Haftarbeitslager Berlin-Hohenschönhausen 1945–1949, Jaron Verlag 2014, 128 S., 19,95 €

## Stoppt Schließung der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus!

(mrz) Seit der Eröffnung der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus im Jahr 2012 – der ersten Gedenkstätte in Häftlingshand – ist ihr Ansehen über die Grenzen von Cottbus und Brandenburg gestiegen. Die Existenz der Gedenkstätte ist allerdings nicht gesichert, weil der Bund sich an der Finanzierung ab 2015 nicht beteiligen will. Das Land Brandenburg hat sich bereiterklärt, lediglich 100 000 Euro im Jahr für drei Personalstellen beizusteuern. Weder die Gedenkstätten-

leiterin, noch ein Historiker oder Buchhalter können davon finanziert werden. Diese Leistungen werden komplett ehrenamtlich erbracht. Wenn der Beitrag des Landes nicht erhöht wird, droht die Schließung! Deshalb appelliert das Menschenrechtszentrum Cottbus an die Politiker, die vorgesehene Förderung zu erhöhen. Der Appell kann noch bis zum 28. Februar 2015 auf der Webseite der Cottbuser Häftlingsgemeinschaft unterzeichnet werden. 

### Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

# Spendenaufruf

Liebe Freunde und Förderer,  
im zurückliegenden 25. Jahr der Friedlichen Revolution konnte sich die UOKG wieder in vielfältiger Weise für die Interessen der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft einbringen.

Hier exemplarisch nur einige Aufgaben und Erfolge:

Die im Januar 2015 zu erwartende Erhöhung der Opferrente ist nicht zuletzt dem zielstrebigem Wirken der UOKG zu verdanken. Da es dabei aber immer noch viele Ungerechtigkeiten gibt, werden wir an dem Thema dranbleiben.

Im vergangenen Jahr konnten wir die Studie zur DDR-Zwangsarbeit durch Dr. Sachse und sein Team der Öffentlichkeit übergeben. Jetzt geht es um Verhandlungen zur Zwangsarbeiterentschädigung.

Der Arbeitskreis Mahnmal hatte ein Gespräch mit dem Präsidenten des Bundestages. Die Öffentlichkeit wird durch

unsere Arbeit auf das Thema aufmerksam.

Katrin Behr, unsere Mitarbeiterin für die Zwangsadoptierten, erhielt den angesehenen Preis „Goldene Henne“ des MDR.

Dr. Christian Fuchs wurde zum Vorsitzenden der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus gewählt.

Wir haben eine neue Wanderausstellung, unsere Zeitschrift „Der Stacheldraht“, die Beratungstätigkeit der UOKG und unsere Veranstaltungen genießen hohes Ansehen.

Auf Initiative der UOKG kam es zur Errichtung von Gedenkstelen für die Grenzto-ten. Der Bundesvorsitzende wurde in die Bundestags-Expertenkommission für die Zukunft der BStU berufen. Unsere Stimme wird in den Gremien der Aufarbeitung und der Politik gehört. Die Arbeit der UOKG bringt Frucht.

Dabei verfügt die UOKG nur über sehr wenig eigene Mittel. Um die Arbeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

dauerhaft zu sichern, bitten wir diejenigen, denen es möglich ist, zu prüfen, ob sie die UOKG vielleicht mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis im Testament bedenken können. Manche haben keine direkten Erben. Hier käme die Zuwendung einem wichtigen Zweck zugute.

Um unsere aktuelle Arbeit weiter zu sichern, sind wir aber auch auf Ihre Spenden angewiesen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und für unsere tägliche Arbeit unbedingt nötig. Es wäre bedauerlich, wenn wir wichtige Aufgaben nicht bewältigen könnten, weil uns die finanziellen Mittel fehlen.

Im Namen des Bundesvorstandes der UOKG danke ich ihnen schon jetzt für Ihre großzügige Unterstützung.

Rainer Wagner  
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstraße 36, 53859 Niederkassel)

## UOKG-Wanderausstellung

Auch in diesem Jahr war die UOKG-Wanderausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ wieder unterwegs, allerdings mit besonderen Schwierigkeiten. Durch den Zinsverfall konnte die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bis Juli 2014 keine Mittel für die Ausstellung zur Verfügung stellen. Erst dann wurden Bundesmittel zusätzlich bewilligt, damit im 25. Gedenkjahr der friedlich-demokratischen Revolution die politische Aufarbeitung fortgesetzt werden konnte. Dankenswerterweise unterstützten die BStU-Außenstellen Dresden, Halle/Saale und Frankfurt/Oder diese Ausstellung, so daß sie wie geplant viermal gezeigt werden kann. Nach Dresden, Cottbus und Halle/S. wird die Ausstellung ab Dezember im Albert-Schweitzer-Gymnasium Kassel zu sehen sein, auch dort gab es freundliche Unterstützung. Es bleibt zu hoffen, daß in Zukunft diese wichtige Ausstellung, die inzwischen völlig neu gestaltet wurde, ausreichend gefördert wird, damit die Schicksale der verfolgten Menschen nicht vergessen werden.

A.O.

**Bestätigung** über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von \_\_\_\_\_ € am \_\_\_\_\_

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin vom 9.4.2013 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

**Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts** \_\_\_\_\_ **BIC** \_\_\_\_\_

**Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.**

**Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)**  
**U O K G e. V.**

**IBAN**  
**DE79 1007 0024 0734 2728 00**

**BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)**  
**DEUTDE33**

**Betrag: Euro, Cent** \_\_\_\_\_

**Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers**  
**S p e n d e**

**noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)**

**Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)**

**IBAN** \_\_\_\_\_ **08**

**Datum** \_\_\_\_\_ **Unterschrift(en)** \_\_\_\_\_

Art.-Nr.: 113 360  
423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!  
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Leserbriefe

## Ausstellung „Der Dunkle Ort“ in Dresden

Wieder einmal war ich in Dresden, die Stadt in der ich einen Teil meiner Jugend verbrachte. Daß ich damals im freien Teil Deutschlands leben wollte, paßte einigen Kleingeistern nicht. Die Stasi verhaftete mich und sperrte mich in einer ihrer abartigen Zellen der U-Haft Bautzener Strasse ein. Ich wurde zur Verbrecherin erklärt.

Ich war gerade mal 19 Jahre alt, als man mich ins Zuchthaus Hoheneck karrete. Dort sollte ich „erzogen“ werden. Mein Freiheitswille wuchs täglich in diesem widerlichen Zuchthaus. Ich wollte frei sein. 1977 hatte ich es geschafft. Die Welt stand mir offen. Inzwischen sind viele Jahre ins Land gegangen. Die „DDR“ verschwand und ist Geschichte. Dresden blühte auf.

Ich erhielt die Einladung, am 23. Oktober eine Ausstellungseröffnung zu begleiten. In Dresden! In der Stadt, in der alles begann.

Im dreiundzwanzigsten Monat war die Wanderausstellung zum Buch „Der dunkle Ort“ in Dresden. In ihrem Buch beschreiben Dirk Nayhaus und Maggie Riepl anhand von 25 individuellen Erlebnissen die tiefgreifenden Eindrücke von Frauen in DDR-Haft. Fotos werden von Kurztexen im Buch begleitet, die parallel als Rolltafel übersichtlich und griffig präsentiert werden. Die Ausstellung hätte einen würdigeren Platz verdient. Die BStU-Außenstelle liegt dezentral und ist selbst für Ortsunkundige mit einem kleinformatigen Schild an der Giebelseite nicht

leicht in der Wohnstraße zu finden. Ich hoffe aber, daß sich doch viele Dresdner auf den Weg machen, um sich über die Zustände und die politischen Gefangenen im Zuchthaus Hoheneck zu informieren. In Zeiten, in denen in bestimmten Kreisen die Verklärung des SED-Staates ungeahnte Ausmaße annimmt, sind Ausstellungen wie diese in Dresden wichtig!

Begrüßung und Einleitung des Leiters der Außenstelle, Herrn Felber, gaben einen kurzen Abriss zum Thema, es wurde durch Herrn Lindner detaillierter ergänzt. Die kürzlich erfolgte Promotion von Herrn Lindner hatte Hoheneck und das Wirken der Staatssicherheit vor Ort zum Thema, und so konnte er ganz spezielle Fakten vermitteln. Dann führte Herr Lindner einen Dialog mit mir, weil ich die Untersuchungshaft in Dresden verbrachte und danach ins Frauenzuchthaus Hoheneck verschleppt wurde.

Es ging um die Gründe meiner Flucht, um Umstände der Verhaftung, um die widerwärtigen Haftbedingungen unter denen besonders die politischen, freiheitsliebenden Frauen leiden mußten. Die Zuhörer waren interessiert und nutzten die Gelegenheit mir und Herrn Lindner Fragen zu stellen.

Jeder Besucher hatte ein Faltblatt zur Ausstellung sowie ein Broschüre (Herausgeber BStU) von Gabriele Stötzer „Eingeschränkte Freiheit“ auf seinem Platz gefunden. Das Buch „Der dunkle Ort“ wur-

de in nur sechs Exemplaren begleitend offeriert. In dem Buch von Frau Stötzer, „Die bröckelnde Festung“, werden Haftbedingungen teilweise verharmlost und stimmen in keiner Weise mit den schlimmen Erfahrungen, die mir bekannte Häftlinge und auch ich in den siebziger Jahren machen mußten, überein. Leider berufen sich auch ehemalige Stasi-Mitarbeiter auf Ausschnitte aus dem Buch von Frau Stötzer ([http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel\\_3357/](http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel_3357/)).

In zwangloser Gesprächsrunde fanden sich das Publikum und die anwesenden fünf Haftfrauen Hohenecks vor den Rolltafeln zusammen, um die Veranstaltung zu beschließen. Als Ausstellungsstandort wünsche ich mir die Gedenkstätte Bautzener Straße in Dresden, die von mehr Publikum frequentiert wird, besonders auch von Schulklassen. Ausdrücklichen Dank sage ich für die Unterstützung von Tatjana Sterneberg, die es mit ermöglichte, daß ich als Zeitzeugin vor Ort sein durfte.

Catharina Mäge, Berlin

## Treffen in Sachsen

Am 1. November fand in Sörnzig ein Treffen von fünf Opfergruppen aus Sachsen statt. Mit dabei waren OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen, Politisch Gefangene der DDR-Diktatur „Never forget“, Lern- und Gedenkort Kaßberg, Jugendwerkhof Torgau und VOS Sachsen.

Es wurde angeregt, eine Zusammenarbeit anzustreben, und daß wir in Sachsen auch nach außen hin gemeinsam auftreten könnten. Wir sollten diesen Vorschlag aufnehmen und umsetzen. Die VOS sollte sich weiteren Opfergruppen öffnen. Wir haben die Chance, neue junge und aktive Mitglieder zu gewinnen und als VOS zu präsentieren. Es wäre günstig, ein Netzwerk zu schaffen, in dem man Termine, wer wann wo was macht, und Ansprechpartner findet. Die VOS Sachsen könnte damit auf ihrer Webseite anfangen.

Frank Nemetz



# Gestohlene Jahre

## Susanne Schädlich's neues Buch

Das Buch, das die 1965 in Ost-Berlin geborene Susanne Schädlich in diesen Tagen unter dem lyrisch anmutenden Titel „Herr Hübner und die sibirische Nachtigall“ veröffentlicht hat, ist alles andere als ein Text, den man gemütlich unter der Leselampe aufnimmt. Das, was er bietet, fordert den Leser heraus, macht ihn wütend und traurig, denn berichtet wird aus einer Zeit, die längst vergangen ist, aber dennoch die DDR-Deutschen bis heute prägt: Es geht um das unerhört grausame Wüten des Stalinismus 1945/49 in der Sowjetischen Besatzungszone und danach im 1949 gegründeten SED-Staat. Insofern ist Susanne Schädlich's Roman auch ein Buch zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, in deren Tiefen bisher kaum ein Forscher vorgedrungen ist.

Dieses eindringlich geschriebene, den Leser bis zur letzten Zeile zutiefst berührende Buch ist aber weit mehr. Es zeigt auch, was den Westdeutschen, die seit 1949 in einer intakten Demokratie mit wachsendem Wohlstand lebten, erspart geblieben ist an politischer Verfolgung. Es geht hier um die Schicksale zweier Dresdner, deren Wege sich nur einmal kreuzten: Um den 1927 geborenen Studenten Dietrich Hübner, der nach 1945 in der sächsischen Landeshauptstadt die „Liberaldemokratische Partei“ mitbegründet hat, der damals mit dem späteren FDP-Politiker Wolfgang Mischnick (1921–2002) befreundet war, von den Russen am 13. Juli 1948 in Dresden verhaftet und am 9. März 1950 zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Und es geht um die nach dem Krieg mit ihrem achtjährigen Sohn Götz in Dresden lebende Sängerin und Schauspielerin Mara Jakisch, geboren 1905, die am 14. Januar 1947 verhaftet, ebenfalls zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde und sieben Jahre lang im Lager Taischet in Sibirien Bäume fällen mußte, bis sie 1955, erschöpft und ausgemergelt, in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wurde. Beide Gefangene, verzweifelt über ihr Schicksal, unterhielten sich 1948 mit Klopffzeichen durch die Wand im NKWD-Untersuchungsgefängnis, dem ehemaligen Landgericht am Münchner Platz in Dresden, begegneten sich aber im wirklichen Leben nie.

Susanne Schädlich, deren lakonischer Stil an Walter Kempowskis erstes Buch „Im Block“ (1969) erinnert, worin er seine acht Zuchthausjahre im „Gelben Elend“

von Bautzen beschrieb, verknüpft zwei Schicksale miteinander, indem sie zwei authentische Figuren wechselweise auftreten läßt. Die Bezugspunkte zueinander waren lediglich die Klopffzeichen durch die Wand, die ihnen aber im Gedächtnis haften blieben.

Mara Jakisch und Dietrich Hübner blieben am Leben, wenn auch unter stark eingeschränkten Bedingungen. Sie, der gefeierte Bühnenstar, einem rauschhaften, politikfernen Leben verfallen, fuhr von Dresden nach West-Berlin, um mit einer Freundin ein Fest zu besuchen, wo auch amerikanische Offiziere zugegen waren, was ihr zum Verhängnis wurde. Nach einem Selbstmordversuch kam sie ins Speziallager Sachsenhausen bei Berlin und von dort in sechswöchiger Eisenbahnfahrt nach Sibirien. Er, dessen Eltern verzweifelt um seine Freilassung kämpften, wobei der Vater am 3. Dezember 1949 verstarb, wurde am 28. März 1950 der Volkspolizei übergeben, kam ins „Gelbe Elend“ nach Bautzen und später ins Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Wer niemals in ähnlicher Lage war, wird kaum ermessen können, was es bedeutet, jahrelang unschuldig eingesperrt zu sein. Dietrich Hübners Verlobte Ruth, der er 1953 freigestellt hatte, suchte ihn zu lösen, besuchte ihn 1962 und ist ein ganz anderer Mensch geworden. Nur seine Mutter Christa, die dann 1976 starb, hartete aus und konnte ihn 1964 in die Arme schließen. Sein 1920 geborener Bruder Roland, der sich jahrelang bei den FDP-Politikern Thomas Dehler, Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher für ihn eingesetzt hatte, umarmte ihn wortlos nach 16 Jahren. Dietrich Hübner hat dann noch in Bonn fünf Jahre Volkswirtschaft studiert und im Bundesinnenministerium gearbeitet. Er heiratete, wurde Vater einer Tochter und lebt heute mit 87 Jahren irgendwo im Rheinland.

Mara Jakisch wurde von niemandem erwartet, als sie mit Margarete Mehlhemmer (1894-1971), die sich später umbringen sollte, aus Sibirien entlassen wurde. Ihr 1939 geborener Sohn Götz Hartung wohnte in Finow/Mark und floh 1957 nach West-Berlin, wollte aber nichts von dem wissen, was seiner Mutter zugestoßen war. Er starb schon 2002, sie 2005 im Alter von 100 Jahren in Frankfurt/Main.

Das alles sind freilich nur die biographischen Daten, die nichts aussagen über das zermürbende Leben in kommunistischen Zuchthäusern und Straflagern. Susanne

Schädlich hat in bewundernswerter Weise die beiden Schicksale miteinander verstrickt, Dietrich Hübner mehrmals befragt und Zeugnisse aus dem Leben Mara Jakischs ausfindig gemacht. Allein das ist schon eine Leistung. Zudem hat sie, wie die Literaturliste ausweist, 18 zeitgeschichtliche Bücher ausgewertet, darunter Wolfgang Mischnicks Autobiographie „Von Dresden nach Bonn“ (1991) und Margarete Mehlhemmers Bericht „Überleben in zwei Diktaturen“ (2000). Auswerten hieß hier, historische Fakten in einen fiktionalen Text einzufügen. Daß sie schreiben kann, hat sie schon mit ihrem Buch „Immer wieder Dezember“ (2009) bewiesen, wo sie vom Schicksal ihres Ostberliner Onkels, des Historikers Dr. Karlheinz Schädlich berichtete, der als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit seinen Bruder Joachim Schädlich observierte und der sich, nach Aufdeckung seiner Verstrickungen, am 17. Dezember 2007 in einem Park erschöß.

Wer die russische Romanliteratur des 19. Jahrhunderts kennt oder die Berichte russischer Oppositioneller im 20. Jahrhundert, wird immer wieder mit der Erfahrung „Sibirien“ konfrontiert.

Das Schicksal Mara Jakischs betraf Hunderttausende deutscher Frauen, die 1945 aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien, später auch aus der Sowjetischen Besatzungszone, verschleppt wurden und von denen ein Drittel nicht wiederkehrte. Den Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in Rumänien ging es bei Kriegsende nicht anders. Herta Müller hat darüber den erschütternden Roman „Atemschaukel“ (2009) geschrieben. Wer in Westeuropa die dreibändige Dokumentation Alexander Solschenizyns „Der Archipel Gulag“ (1973) gelesen hat, ist entsetzt über die blutigen Exzesse des Stalinismus.

Mara Jakisch war in diesem Kontext „nur“ ein Rädchen in der Verhaftungswelle 1945/49, sie wußte nicht, wie ihr geschah und was man ihr vorwarf. Sie mußte sieben Tage die Woche bei eisiger Kälte Bäume fällen, wurde bei Nichterfüllung des Solls mit Nahrungsentzug bestraft und erhielt ihren ersten Brief am 20. Juni 1954 von ihrer Schwägerin Margarete Hartung: „Sie weinte und weinte.



.....  
Susanne Schädlich: Herr Hübner und die sibirische Nachtigall, Roman, Droemer-Verlag, München 2014, 227 S., 19,99 €  
.....



Und hörte nicht auf.“ Als Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 8. bis 14. September in Moskau mit den Russen verhandelte, wurden sie und alle deutschen Frauen, die verschleppt worden waren, in die Freilassungsaktion einbezogen. Abfahrstermin war der 4. Oktober, nach 16 Tagen überquerte der Zug die Oder, am 20. Oktober erreichten die Frauen das Lager Friedland in Niedersachsen, wo Mara in Ohnmacht fiel und ins Müttergenesungswerk nach Einbeck gebracht wurde. Erst zwei Jahre später traf sie ihren Sohn Götz Hartung, der in Finow/Mark 1957 zum Kraftfahrzeugschlosser ausgebildet worden war.

Dietrich Hübner, für den mehrere Begnadigungsgesuche gestellt worden waren, blieb weiter in Haft. Fritz Ackermann, der Leiter des Zuchthauses Brandenburg, lehnte das letzte 1962 ab und schrieb der Mutter Christa von der „feindlichen Einstellung“ ihres Sohnes zum Kommunismus. Am 2. April 1963 wurde ein „operativer Vorgang“ gegen ihn eingeleitet, dreimal wurde er wegen „Arbeitsverweigerung“ und „Staatsverleumdung“ von

zwei hochnäsigen MfS-Offizieren verhört, am 17. Juni wurde er ins Untersuchungsgefängnis Potsdam überführt und am 15. Oktober vom Bezirksgericht noch einmal zu vier Jahren verurteilt. Er wäre vermutlich, wenn er nach Sibirien gebracht worden wäre, schon 1955 entlassen worden, so aber war er schlicht vergessen worden. Da er jedoch am 13. Juli 1963 nicht, wie vorgesehen, freikam und auch nicht mehr – wie entlassene Mithäftlinge berichteten – in Brandenburg war, wurde die Westpresse darauf aufmerksam. So stand im Berliner „Tagesspiegel“ vom 25. Juli der Artikel „Politischer Häftling in der Zone verschwunden“. Am 14. August 1964 wurde er schließlich freigekauft, kam am 31. August nach Bonn-Duisdorf, wo keiner seiner Parteifreunde sich um ihn kümmerte, wurde zur Kur ins Allgäu geschickt und nahm im Wintersemester 1965/66 in Bonn das Studium der Volkswirtschaft auf.

Das Buch ist sehr gekonnt und überzeugend geschrieben. Warum nur macht es den Leser so traurig?

Jörg Bernhard Bilke

## Deutschland – ohne Zonengrenzen

Die beiden Autoren des soeben erschienenen Buches sind durch ihre bisherigen Publikationen über die damaligen Grenzen mitten in Deutschland als Experten bekannt. Die verschiedenen Erläuterungen schrieb Peter Lapp, ein promovierter Politologe, der selber jahrelang politischer Häftling in der DDR war und längst international als bester Kenner der Grenze mit ihren vielen Sperranlagen und der Grenztruppen gilt. Von Jürgen Ritter kommen die über 300 Bilder im Buch. Zu Zeiten der Teilung dokumentierte er von westlicher Seite mit insgesamt 44 000 Fotos die deutsch-deutsche Trennungslinie und die Spaltung Berlins. Die Stasi setzte mehrere Spitzel auf ihn an. Schwierigkeiten bereiteten ihm aber ebenfalls westdeutsche „Ent-

spannungspolitiker“, die ihn als „Kalten Krieger“ attackierten mit dem Hinweis, mit seinen Bildern passe er nicht in die Zeit; sie forderten ihn zu mehr Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten Ost-Berlins auf.

Nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands sollten die einzelnen Besatzungszonen der Siegermächte nur den Charakter von Verwaltungsgrenzen haben, doch spätestens die Berliner Blockade der Sowjets beendete die Vier-Mächte-Verwaltung des besetzten Landes. Der Bau der Berliner Mauer machte die DDR-Bewohner dann zu Gefangenen der SED-Diktatur. Die Grenze zur Bundesrepublik mit ihren fast 1400 km und diejenige in Berlin mit über 160 km, die von knapp 45 000 Grenzsoldaten bewacht und von vielen Sperranlagen gesichert waren, ließen nur wenige Menschen erfolgreich flüchten. Etwa 1600 Männer, Frauen und Kinder bezahlten ihre Sehnsucht nach Freiheit mit dem Leben.

Nach der Wiedervereinigung hielt Ritter aus gleicher Perspektive wie damals die inzwischen erfolgten landschaftlichen und baulichen Veränderungen fest: Das Buch stellt die besten alten und neuen Aufnahmen, die Bilder von damals und heute gegenüber, so daß der Leser einen tiefen Eindruck vom Wandel erhält, der seither

## Veranstaltungen

15.12. (Mo), 18.00 Uhr:

**Droht ein neuer Kalter Krieg?** Der Konflikt um die Ukraine. Ein Streitgespräch, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Historiker, und Prof. Dr. Jörg Baberowski, Historiker HU Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.12. (Mi), 17.00–19.00 Uhr:

**Unterwegs im Archiv.** Führung durch den einstigen Sitz der Staatssicherheit in Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.12. (Mi), 18.15 Uhr:

**Der Siegeszug der Konsumgesellschaft**, in der Reihe „Europäisches Jahr der Zeitgeschichte 2014“, im Rahmen der Ringvorlesung „Das Jahrhundert vermessen. Signaturen – Umbrüche – Kontinuitäten“, mit Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt, Europäisches Hochschulinstitut Florenz; Veranstaltung d. Lehrstuhls Neueste und Zeitgeschichte der HU Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.1. (Di), 18.00 Uhr:

**Operation Falsche Flagge** – Wie der KGB den Westen unterwanderte, Buchvorstellung mit Autor Arik K. Komets-Chimirri; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

17.1. (Sa), 11.00–19.00 Uhr:

**Bürgertag** „Demokratie statt Diktatur“ 25 Jahre Ende der Stasi, Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Staatssicherheit und SED-Diktatur“, Offenes Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde, Fachvorträge, Podiumsdiskussionen, Bürgerberatung und Antragstellung, Vorstellung der Stasi-Mediathek, Vorführung von Spiel- und Dokumentarfilmen, Markt der Möglichkeiten; Veranstaltung d. BStU und d. Astak e.V.; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale Berlin-Lichtenberg, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

29.1. (Do), 19.00 Uhr:

**Proletarischer Mythos und realer Sozialismus.** Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Buchpräsentation, Vortrag v. Dr. Tilmann Siebeneichner, FU Berlin, anschließend diskutiert Dr. Jens Gieseke, ZZf, mit dem Autor; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

## Öffnungszeiten der Gedenkstätte Bautzen am Jahresende

### 23. und 24. Dezember:

Die Gedenkstätte ist geschlossen.

### 25. bis 30. Dezember:

Die Gedenkstätte ist geöffnet von 10.00 bis 18.00 Uhr, um 14.00 Uhr Führung (Dauer zwei Stunden inklusive Einführungsfilm).

### 31. Dezember und 1. Januar:

Die Gedenkstätte ist geschlossen.



17.2. (Di), 18.00 Uhr:

**Freikauf.** Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten, Staatssekretär a.D. Ludwig A. Rehlinger und Dr. Andreas H. Apelt im Gespräch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

## Ausstellungen

### „Es ging seinen Gang – Kritische Literatur in der DDR“

Ausstellung des Martin-Luther-King-Zentrums e.V. und des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, zu sehen bis zum 6. Januar 2015 im Tietz, Moritzstr. 20, 09111 Chemnitz

### „Es wir eine Zeit kommen – Gesichter der Friedlichen Revolution“

Ausstellung mit Porträt-Fotografien des Dortmunder Fotografen Dirk Vogel, zu sehen bis zum 27. Februar 2015 im Evangelischen Zentrum, Haus 2, 4. Etage, Georgenkirchstr. 69, 10249 Berlin, geöffnet Mo–Fr 9.00–17.00 Uhr

### „Gratwanderung – Kunstarbeit in der DDR“

Ausstellung v. Prof. Rainer Schade im Rahmen der Reihe „Kunst im Leseaal“, zu sehen bis zum 1. Februar 2015 in der BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, geöffnet Mo–Fr 16.00–18.00 Uhr, Sa, So und feiertags 10.00–18.00 Uhr

### „Sag mir, wo du stehst... Die Polizei in der Friedlichen Revolution 1989 in Rostock“

Ausstellung der Polizeidirektion Rostock, zu sehen bis zum 24. Januar 2015 in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock, geöffnet Di–Fr 9.00–17.00 Uhr, Sa 10–17 Uhr

## Dank

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG dankt ganz herzlichen allen, die im Jahr 2014 für den Dachverband gespendet haben!

Der Vorstand



Jürgen Ritter, Peter Lapp: *Deutschland grenzenlos*, Ch. Links Verlag, Berlin 2014, 192 S., 29,90 €

stattgefunden hat. Auf den Fotos sind die einstigen Grenzübergänge nicht wiederzuerkennen, die brutal geschlagenen Grenzrodungen für ein freies Schußfeld sind in den letzten 25 Jahren zugewachsen – die Natur hat sich das ihre zurückgeholt. Der in-between freie und idyllische Blick über Täler und Berge macht allzu leicht vergessen, welche menschlichen Tragödien mit der Teilung verbunden waren. Im Harz führte der Grenzverlauf mitten durch eine zweigeteilte Eiche, die alte DDR-Grenzsäule kennzeichnet daher noch heute den damaligen Irrsinn. An vielen Stellen sind Gedenktafeln angebracht, die an die dort ermordeten Flüchtlinge erinnern. Noch deutlicher ist der Unterschied in Berlin: Bis 1989 stand auf dem Potsdamer Platz die stark befestigte Mauer mit großem Schußfeld und etlichen Wachtürmen, heutzutage ist er einer der verkehrsreichsten Plätze der Hauptstadt. Eine einzigartige Dokumentation.

Friedrich-Wilhelm Schломann

### Buchtipp

## Fieberland

Bilder und Gedichte vom Leben in der DDR

Von Claudia Wegner und Michael Spitzer. *Anthea Verlag, Berlin 2014, mit 54 Farbfotos, 168 S., 19,90 €*

Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 1. März 2015 20 Prozent Rabatt gewährt, zusätzlich Portokosten: Anthea Verlag, Hubertusstraße 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember und Januar Geburtstag haben

Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember, Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Helmut Stieler am 15. Januar, Wolf-Otto Walther am 16. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Günter Koch am 22. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, >>>

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo-Fr, 14-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
Tel. (030) 57 79 92 01  
Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Uwe Behne, Helmut Beuermann-Winkelbach, Werner Dolata, Anneliese Gabel, Alexander Grow, Horst Gutmann, Dieter Henning, Hans Jannasch, Rudolf Könitz, Jobst Kühne, Detlef Linde, Luise Lorenz, Fritz Mathei, Peter Menzel, Heidi Niebergall, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Ingeborg Reuter, Prof. Dr. Gert Robel, Werner Rösler, Heinz Rothe, Klaus Peter Ruckebrod, Reinhard Schmidt, Ingrid Schnalke, Werner Schulze, Horst-Hermann Süßmilch, Michael Wühle.

Stacheldraht-Konto:

BSV Förderverein

Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48

Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Moralische Entrüstung ist  
der Heiligenschein der Scheinheiligen.

Helmut Qualtinger

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

#### BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Vorstandsbeauftragte:

Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)

E-Mail: [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: [der-stacheldraht@web.de](mailto:der-stacheldraht@web.de)

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. November 2014

